Morgen-Ausgabe
Nr. 539 A 264 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

DIENSTAG
15. November 1932

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts ..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gerhart Hauptmann

Zum 70. Geburtstag

Von Käthe Kollwitz

Lieber Gerhart Hauptmann!

Ein Mensch aus Ihrer Generation grüßt Sie.

Bis ins kleinste erinnere ich mich des Tages der Erstaufführung der „Weber" in der Freien Bühne und der Erregung, in der wir alle waren. Genosse Adolf Braun rief: „Die Weber in der Volksbühne aufgeführt und wir haben Barrikaden!"

Auf mich wirkte diese Aufführung mit solcher Gewalt, daß ich alle meine andern Pläne umwarf und mich demselben Thema — den Webern, ihren Leiden, ihrer Erhebung und wieder ihrem Leiden — zuwandte.

Es war ja überhaupt ein Zug in jener Generation, ob es Dichter, ob es bildende Künstler waren — wir zogen alle an einem Strang. Erst später wanderte der eine hierhin ab, der andere dorthin. Auch Sie schienen andere Wege zu gehn. Es gab eine Zeit, in der die Jugend Sie reaktionär nannte, in der die Arbeiterschaft meinte, Sie hätten ihr nichts mehr zu sagen. Das war wohl richtig, wenn man nur das Stoffliche Ihrer Werke ansah. Aber der Mensch in Ihnen, der dichterische Mensch, der ins Innere der Geschehnisse und der Geschöpfe sieht, der war geblieben. Das unendlich vielfältige Leiden, das untrennbar mit dem Leben überhaupt verbunden ist, offenbart sich vor Ihnen und Sie haben die Gabe, dafür Worte zu finden, die man nicht wieder vergißt. So ist von alledem, was über den Krieg gesagt ist, ein Wort von Ihnen mir am tiefsten sitzen geblieben, und das schrieben Sie vor dem Krieg. Ich meine die Stelle im vaterländischen Puppenspiel, wo die Mütter ihre Söhne zurückverlangen.

Dies: Ins Zentrum des Gefühls treffen, was ja eigentlich den Künstler ausmacht, das hatten Sie ehemals und das haben Sie noch und dafür danke ich Ihnen.

Berlin 15. November 1932.

Käthe Kollwitz.

Wie sag ichs meinem Kinde?

Die Nazis müssen beschönigen!

Das Selbstvertrauen der Nationalsozialisten ist restlos erschüttert! Die nationalsozialistische Presse, die noch vor 14 Tagen in den höchsten Tönen posaunt hat, ist so klein geworden, daß sie ihre Leser über das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag in Lübeck und in Sachsen nicht richtig zu informieren wagt. Der „Angriff", das Organ des Herrn Goebbels, lügt seine Leser regelrecht an! Er teilt die Wahlergebnisse folgendermaßen mit:

„Starke Zunahme der Nationalsozialisten. — Rückgang der deutschnationalen Stimmen."

„Am gestrigen Sonntag fanden in Lübeck die Wahlen zur Bürgerschaft, in Sachsen Gemeindewahlen und im Saargebiet Kommunal- und Kreistagswahlen statt. Ueberall ist die Wahlbeteiligung erwartungsgemäß hinter der bei den letzten Reichstagswahlen erheblich zurückgeblieben, worauf die scheinbaren „Stimmenverluste" sämtlicher Parteien gegenüber den Wahlen am 6. November zurückzuführen sind.

Im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen haben die Nationalsozialisten ihre Stimmen zum Teil um das Sechsfache vermehren können. Die Deutschnationalen haben große Verluste aufzuweisen.

Nach dieser Einleitung werden dann die Stimmzahlen vom 13. November ohne alle Vergleichszahlen mitgeteilt!

Es wird verschwiegen, daß die nationalsozialistischen Stimmen gegenüber dem 6. November katastrophal zurückgegangen sind — weit über den Rückgang der Wahlbeteiligung hinaus, es wird verschwiegen, daß der Abstieg vom 6. November sich in verstärktem Tempo fortgesetzt hat!

Es wird nicht die Wahrheit gesagt, weil die nationalsozialistischen Drahtzieher fürchten, daß die Wahrheit auf die Gefolgschaft niederschmetternd wirken würde! Noch stärker als die Sprache der Ziffern zeigen diese Beschönigungsversuche des „Angriff" die Niederlage der Nationalsozialisten!

Ausweglofes Reichsdefizit

Riesige Steuerausfälle — Haushaltsvoranschlag unmöglich — Katastrophale Finanzlage

Schon seit Wochen besteht die große Befürchtung, daß das laufende Etatjahr ein neues großes Defizit aufweisen werde, obwohl die Papen-Regierung einen ausgeglichenen Etat übernommen hatte. Vor den Reichstagswahlen wurden solche Befürchtungen als grundlos abgetan. Am Sonnabend hat nun der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Reichsrat zum ersten Male Auskunft über die Finanzlage gegeben. Aus den dürftigen offiziellen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß jetzt nach den Wahlen auch die Reichsregierung die Befürchtungen über ein neues großes Defizit als berechtigt zugibt.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat mitgeteilt, daß die Reichsregierung im laufenden Etatjahr mit einem

Ausfall bei den Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von 700 bis 800 Millionen

rechnet. Von dieser Summe fallen etwa 400 Millionen auf das Reich, der Rest auf Länder und Gemeinden. Wie stark der Rückgang bei einzelnen Steuern ist, zeigt die Mitteilung, daß die Lohnsteuer nicht 900, sondern nur 770 Millionen, also 130 Millionen weniger erbringen werde. Bei der veranlagten Einkommensteuer schätzt man den Ausfall auf 140 Millionen, bei der Körperschaftssteuer auf 30 Millionen. Die Umsatzsteuer wird trotz ihrer Erhöhung auf 2 Proz., der Beseitigung der Freigrenze von 5000 Mark und einer wesentlichen Verschärfung der Einziehung nur einen Ertrag von 1400 Millionen bringen, also den gewaltigen Ausfall von 420 Millionen zeigen.

Da etwa die Hälfte der Mindereinnahmen den Ländern zur Last fällt

und Deckung durch andere Einnahmen nicht zu sehen ist, so ist es verständlich, daß mehrere Finanzminister der Länder erklärten, ihnen sei überhaupt die Aufstellung eines Etats für 1933 nicht möglich. Aber auch der Reichsfinanzminister hat für das Reich eine ähnliche Erklärung abgegeben. Trotz der zwingenden Vorschrift der Reichsverfassung, nach der dem Reichstag Anfang Dezember der Etat vorgelegt werden muß, will die Reichsregierung davon absehen. Sie fürchtet anscheinend den ungünstigen Eindruck, den die offene Darlegung der vorhandenen Finanzschwierigkeiten machen muß. Denn während

die früheren Regierungen die wesentlich größeren Schwierigkeiten immer wieder meisterten

und der Oeffentlichkeit Rechenschaft über die Finanzgebarung ablegten, hat die autoritäre Regierung es in wenigen Monaten so weit gebracht, daß sie selbst keinen Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten mehr sieht.

Von besonderem Interesse dürfte deshalb die Mitteilung sein, daß die Länderfinanzminister neue Einschränkungen bei den Personalausgaben anregten, sei es durch direkte Kürzung der Beamtengehälter, durch Verschiebung der Zahlungstermine oder ähnliche Maßnahmen. Obwohl der Reichsfinanzminister für das Reich solche Kürzungen als im Widerspruch mit ihren auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen ablehnte, meinte er doch, es bleibe den Ländern unbenommen, von sich aus diejenigen Beschlüsse zu fassen, die sie für notwendig hielten. — Man muß sich also noch auf allerlei gefaßt machen!

Vors Kriegsgericht!

22 Genfer Soldaten wegen Rebellion

Genf, 14. November.

Der Militärbefehlshaber hat 22 Genfer Soldaten festnehmen lassen, die sich am Sonnabend nach den Beerdigungsfeierlichkeiten mit den Arbeitern verbrüdert und mit ihnen die Internationale gesungen haben. Die Soldaten werden vor das Kriegsgericht gestellt werden.

*

Lausanne, 14. November.

Sonntag, spätabends, ist auf das Regierungsgebäude, in dem die Stadt- und Kommunalverwaltung untergebracht ist, aus einem vorüberfahrenden Kraftwagen eine Bombe geschleudert worden. Fünf Personen wurden verletzt. Die Polizei hat wegen dieses Anschlags bei radikalen Arbeitern Haussuchungen abgehalten und einige von ihnen verhaftet.

Der Generalstreik ist am Sonnabend um Mitternacht beendet worden. Die Arbeit wurde heute überall wieder aufgenommen. Die Schulen bleiben auch am Montag noch geschlossen. Die vorübergehend in Genf stationierten Truppen sind abtransportiert, die Genfer Landwehr ist demobilisiert worden.

Kriegsrechtlich erschossen wurden in Kanton sieben Kommunisten, davon **zwei Frauen!** 90 Teilnehmer einer KP.-Konferenz sind verhaftet worden.

Parole Wittelsbach

Auf dem Rücken der Nazis

Eigener Bericht des „Vorwärts"

München, 14. November.

In Bayern ist man nach den Zusagen der Reichsregierung für die Rückkehr zum bundesstaatlichen Reich von 1871 entschlossen, mit den Nationalsozialisten eine Koalitionsregierung zu bilden. Für die Auslieferung des Kultusministeriums und des Justizministeriums an die Nazis soll deren Zustimmung zur Aenderung des § 92 der bayerischen Verfassung eingehandelt werden, der jede Aenderung der freistaatlichen Verfassung an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags knüpft. Die Bayerische Volkspartei hat schon wiederholt die Aenderung dieses Verfassungs-Paragraphen versucht, sogar mit Hilfe eines Volksreferendums, doch sind alle diese Versuche bisher gescheitert. Durch die Aenderung des genannten Verfassungs-Paragraphen soll der alte Plan der Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten verwirklicht werden, für den kein anderer als der Exkronprinz Rupprecht im Hintergrund steht.

*

Nach dem Geständnis des Herrn Goebbels sind die Barone auf dem breiten Rücken der Nazis in die Macht geklettert. Jetzt wird ihr breiter Rücken abermals gebraucht! Sie sollen ihn herhalten für den bayerischen Separatismus und für die weißblauen Monarchisten. Sie sollen ihn krumm machen, damit Rupprecht von Wittelsbach bequem über ihn hinweg in die Macht steigen kann.

Die Partei des Herrn Hitler wird von den Reaktionären aller Schattierungen als Treppenleiter zur Macht angesehen, und die Nazis verbeugen sich tief — bald für die ostelbischen Barone bald für die weißblauen Monarchisten.

Hinterher schreien sie. Aber das macht den Benutzern ihres Rückens nichts aus!

Alarm!

Schlechte Politik beunruhigt die Wirtschaft

Aussprechen was ist! Deutschland nachtwandelt in diesen Tagen am Rande eines Abgrunds. Das Spiel, das von gewissen Kreisen gespielt wird, geht nicht nur um Artikel der Verfassung, sondern um Gut und Blut des deutschen Volkes. Ginge es nach den Wünschen der Plänemacher, so wäre Deutschland in einigen Tagen kein Staat mehr, in dem sich das Leben in normalen Formen abspielt, sondern nur noch ein brodelnder Menschenhaufen, dessen Schicksal ebenso ungewiß wäre wie das eines jeden einzelnen in ihm.

Es ist eine Groteske, daß ein solcher Zustand der Unsicherheit, wie er heute besteht, eintreten konnte unter einer Regierung, die sich vermißt, den verfahrenen Karren der Wirtschaft durch Massenanwendung von Schmieröl wieder in Gang zu bringen. Glaubt irgendein Mensch in der Wilhelmstraße ernstlich, daß eine Atmosphäre, die mit Staatsstreichgelüsten geschwängert ist, der deutschen Wirtschaft besonders bekömmlich sein könnte? Die Berliner Börse scheint ganz anderer Meinung zu sein. Sie hat auf die politischen Treibereien in einer Weise geantwortet, die die tiefe Sorge der Wirtschaft vor den Dingen, die kommen könnten, erkennen läßt.

Es wäre kindisch, sich darauf zu verlassen, daß man mit Militär und Polizei die Dinge schon in Ordnung bringen könnte. Es wäre frivol, sich darauf zu verlassen, daß ein etwa möglicher Generalstreik nach einer gewissen Dauer wieder erlöschen müßte. Als Folge eines auf dauernde Wirkung berechneten rechtswidrigen Eingriffs in die Verfassung ist vielmehr eine tiefgehende Lähmung des gesamten Wirtschaftslebens vorauszusehen, von der niemand voraussagen kann, wann und wie sie überwunden werden wird.

Daß diese Erkenntnis nicht nur in unseren Kreisen, sondern auch in den ihnen gerade entgegengesetzten vorhanden ist, zeigt die Haltung der „Deutschen Allgemeinen

Zeitung", des großen Unternehmerblattes. Sie, die sicherlich für die Verfassung von Weimar nichts übrig hat und einen Staatsstreich ganz kühl nach der geschäftlichen Seite beurteilt, nennt jetzt den Plan, den Reichstag gleich wieder aufzulösen, „Leichtsinn, Frivolität und Dilettantismus". Daß sie die Lösung der Krise in der Eingliederung der Nationalsozialisten in die „nationale Konzentration" sucht, ist ihre eigene Angelegenheit. Die Schärfe des Tones aber, mit der sie sich jetzt gegen alle Staatsstreichpläne wendet, ist aus Angst geboren vor den katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, die die Verwirklichung jener Pläne nach sich ziehen müßten. Wir können ihr nur bestätigen, daß diese Angst berechtigt ist.

Eine Regierung, die durch ihre Politik das Entstehen solcher Unsicherheit möglich macht und die nicht in sich selbst die Bürgschaft dafür trägt, daß Abenteuer und Gewaltmaßnahmen in der inneren wie in der äußeren Politik vermieden werden, eine solche Regierung ist eine Gefahr für die Wirtschaft. Auch jene Kreise, die sich für die Ankurbelung durch das System der Steuerscheine begeisterten, beginnen jetzt zu begreifen, daß alle Milliarden, mit denen man jetzt die Zukunft belastet, weggeworfen sind, wenn eine Regierungspolitik betrieben wird, die das Entstehen beruhigter Zustände geradezu künstlich verhindert. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die furchtbaren Opfer, die man im Interesse einer angeblichen Wirtschaftsbelebung gerade den arbeitenden und notleidenden Schichten des Volkes auferlegt hat. Wir haben nie geglaubt, daß sich diese Opfer lohnen werden. Dürfen diejenigen, die diese Opfer gefordert haben mit dem Vorgeben, durch sie die kranke Wirtschaft heilen zu wollen, jetzt eine Politik treiben, die die versprochenen Früchte dieser Opfer auf alle Fälle vernichten muß?

„Leichtsinn! Frivolität! Dilettantismus!" sagt die Presse der Unternehmer. Die Arbeiterpresse hat keinen Grund, an diesem Urteil etwas zu ändern.

Wir sind im allgemeinen nicht der Meinung, daß es gute Politik ist, wenn man „fort mit dem" oder „fort mit jenem" ruft, ohne zu sagen, wer denn an seine Stelle gesetzt werden soll. Aber der Fall der Regierung Papen ist nun einmal ein besonderer Fall. Er liegt so, daß jeder Versuch, eine Besserung der Zustände herbeizuführen, mit dem Verschwinden dieser Regierung beginnen muß. Daß damit das Ende der beschrittenen Leidensbahn erreicht sein wird, kann freilich niemand voraussagen. Die erste Voraussetzung dafür, daß die politische Entwicklung in ruhige Bahnen gelenkt wird, ist, daß Treu und Glauben in das öffentliche Leben zurückkehren, daß das Vertrauen in die Beständigkeit bestehender Rechtszustände wieder hergestellt wird. Aber damit das möglich sei, muß vor allem diese Regierung des Unheils verschwinden!

Bayern gegen Papen

Eigener Bericht des „Vorwärts"

München, 14. November.

Die politischen Erlebnisse, die die bayerischen Regierungsmitglieder des Reichsrats am Freitag und Sonnabend in Berlin hatten, veranlaßten sie auf dem schnellsten Wege, die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei zusammenzurufen. In der am Montagnachmittag abgehaltenen Sitzung wurde nach einer längeren Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zur Lage im Reich volle Einmütigkeit festgestellt.

Die Bayerische Volkspartei wird — so heißt es in dem offiziellen Bericht über die Sitzung, an der sämtliche Mitglieder der bayerischen Geschäftsregierung teilnahmen — alles einsetzen, um eine ruhige und gesetzmäßige Entwicklung in Deutschland zu fördern und eine Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern. Sie ist sich allerdings bewußt, daß das nicht nur bei allen Parteien die Einfügung in eine große deutsche Notgemeinschaft erfordert, sondern auch bei der Reichsregierung den ehrlichen Willen voraussetzt, wirklich ernsthaft die Zusammenarbeit mit dem Reichstag anzustreben. Die Gerüchte, wonach die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern nur zum Schein geführt würden und die Reichstagsauflösung schon vor Zusammentritt des Reichstags und, ohne dessen Arbeiten abzuwarten, beschlossene Sache sei, wurden ernsthaft geprüft und dabei kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß, wenn hinter diesen Gerüchten trotz aller offiziellen Dementis doch Absichten ernstzunehmender Politiker stehen, die Bayerische Volkspartei dieser Katastrophenpolitik, die einen schmählichen Mißbrauch des Vertrauens des Reichspräsidenten und eine leichtfertige Heraufbeschwörung revolutionärer Gefahr bedeuten würde, mit allen Mitteln entgegenarbeiten und unentwegt die Zusammenfassung aller gutgesinnten Kräfte im deutschen Volk anstreben muß.

Frankreichs Plan veröffentlicht

Ein kompliziertes System — Verwässerung der ursprünglichen Ankündigungen

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Paris, 14. November.

Der neue französische Abrüstungsplan oder, wie er jetzt genannt wird, der „Organisationsplan für den Frieden", ist am Montagnachmittag veröffentlicht worden. Vorher hatte ihn der Ministerrat genehmigt.

Der Plan geht von dem von Hoover aufgestellten Grundsatz aus, daß die Verteidigungsmittel jedes Landes verstärkt und die Angriffsmittel verringert werden müssen. In diesem Sinne schlägt Frankreich eine Gesamtlösung vor, die etappenweise die Form für die militärischen Organisationen schaffen soll, die unter den besonderen politischen und technischen Bedingungen einer Legion eine Angriffspolitik erschwert. Nur mit dieser Methode, so heißt es in dem Text, glaubt Frankreich eine der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung gerecht werdende Lösung finden zu können, und zwar

durch eine allmähliche Angleichung der Militärstatuten an ein Defensivsystem

und durch eine gleiche Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der im Völkerbundspakt vorgesehenen gemeinsamen Aktion. **Jede Idee einer Wiederaufrüstung soll ausgeschaltet werden.** Unter Bezugnahme auf diese Erwägungen unterbreitet die französische Delegation zur Abrüstungskonferenz eine Gesamtheit von Vorschlägen, damit unter Vorbehalt eines Abkommens, das für sämtliche Mächte die Verpflichtungen bezüglich Beschränkung, Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen festlegen wird, eine Reorganisation in die Wege geleitet wird, die imstande ist, dort das Problem der Abrüstung gemäß seinen politischen und technischen Voraussetzungen zu lösen.

Das erste Kapitel basiert auf den Erklärungen Stimsons vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten, wonach alle Signatare des Kellogg-Paktes im Falle eines bewaffneten Konflikts ihre

Neutralität gegenüber dem Angreifer aufgeben müssen.

Es verfolgt das Ziel, dieses Prinzip von allen Staaten annehmen zu lassen. Diese müssen also im Falle einer Verletzung des Kellogg-Paktes u. a. ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu dem angreifenden Staat unterbrechen.

Das zweite Kapitel, das sich nur auf die Mitglieder des Völkerbundes bezieht, steht vor, daß die Anerkennung der im ersten Kapitel enthaltenen Grundsätze den Völkerbundsstaaten erlauben muß, ihre Verpflichtungen aus dem Pakt und besonders aus dem Artikel 16 voll und ganz zu erfüllen, ohne daß sie Gefahr laufen, sich in Opposition mit einem nicht dem Völkerbund angehörenden Staat zu befinden, der die Regeln der Neutralität strikt durchgeführt sehen möchte.

Das dritte Kapitel, das besonders die europäischen Staaten betrifft, enthält

politische und militärische Bestimmungen,

die aber nur unter der Bedingung in Kraft treten können, daß zumindest eine genügende Anzahl von Mächten ihnen zustimmen. Die politischen Bestimmungen beziehen sich auf die Bedingungen für einen gegenseitigen Beistand und sehen vor, daß alle Vertragspartner dem allgemeinen Schiedsgerichtsabkommen beitreten müssen. Falls einer der Signatare sich weigern sollte, auf eine friedliche Lösung eines Streitfalles einzugehen oder einen Schiedsspruch herbeizuführen, soll die andere Partei ermächtigt sein, den Völkerbundsrat anzurufen, der die zu treffenden Maßnahmen bestimmen wird. Die Beschlüsse des Völkerbundsrats sollen mit Stimmenmehrheit und nicht wie bisher einstimmig gefaßt werden. Die militärischen Bestimmungen verfolgen einen doppelten Zweck, nämlich gemäß den Grundsätzen Hoovers den Angriffscharakter der nationalen Landstreitkräfte auf dem europäischen Kontinent abzuschwächen und andererseits, die Ingangsetzung des gegenseitigen Beistandes durch die Organisation einer ersten Hilfe vorzubereiten, die sofort einem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden kann. Um das erste Ziel zu erreichen, sollen die Armeen der Vertragspartner allmählich auf eine einheitliche Form zurückgeführt werden, nämlich die eines

Volksheeres mit kurzfristiger Dienstzeit

und beschränkten Truppenbeständen. Um die Gleichheit in der Verteidigung zu sichern, wird bestimmt, daß bei der Abschwächung der Truppenbestände gemäß dem Artikel 8 des Paktes die jedem Staate eigenen Bedingungen und besonders die Ungleichheiten und Schwankungen der Rekrutierungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen werden sollen. Außerdem soll die in politischen Formationen erhaltene militärische Ausbildung und die Stärke der Polizeikräfte berücksichtigt werden. Diese Volksheere sollen kein starkes bewegliches Kriegsmaterial besitzen. In bezug auf die erste Hilfe, die einem Vertragspartner eventuell zu leisten ist, ist die Aufstellung von spezialisierten Truppenkontingenten vorgesehen, die mehr oder weniger lange unter Waffen stehen und mit einem Kriegsmaterial ausgerüstet werden, das für die Volksheere verboten ist. Diese Truppen sollen zur Verfügung des Völkerbundes stehen und auf den ersten Ruf in Aktion treten können. Andere Bestimmungen betreffen die Aufstapelung des Kriegsmaterials in jedem Land unter der Kontrolle des Völkerbundes, die allmähliche Vereinheitlichung dieses Materials, dessen Fabrikation kontrolliert und später international organisiert werden soll, und schließlich die Einrichtung einer ständigen und regelmäßigen Kontrolle für die Ausführung dieser Bestimmungen. Die Durchführung dieses Programms soll etappenweise erfolgen unter Ergreifung von Vorsichtsmaßnahmen dagegen, **daß in der Uebergangszeit keine Vermehrung der Streitkräfte oder Erhöhung der Rüstungsausgaben irgendeines Landes erfolgt.**

Kapitel vier bezieht sich auf die Seestreitkräfte und die Kolonialtruppen. Auf dem Gebiet der Seerüstungen ist der Abschluß eines Mittelmeerpaktes zwischen den interessierten Regierungen vorgesehen, um allen Signataren zu erlauben, so weit als möglich abrüsten zu können (d. h. mit anderen Worten, daß Frankreich die von Italien verlangte Gleichheit der Seerüstungen anerkennen will, wenn Spanien ihm in einem Konfliktfall beisteht.) Auf alle Fälle soll das gegenwärtig bestehende Verhältnis zwischen den Seerüstungen der einzelnen Länder intakt gelassen und unter Vorbehalt eines besonderen Regimes für weniger als 100 Tonnen umfassenden Flotten (u. a. auch die deutsche Flotte) der festzusetzende Abrüstungskoeffizient auf die Flottenbestände angewandt werden, die im Jahre 1931 vorhanden waren. Außerdem sieht dieses Kapitel vor, daß jeder Signatarstaat, der über Seestreitkräfte verfügt, auf einen Ruf des Völkerbundes die erste dringende Hilfe stellt, auf die ein angegriffenes Land nach Kapitel drei Anspruch hat. Die zu entsenden Schiffe jeder Kategorie sollen im voraus für jedes Land bestimmt werden.

Kapitel fünf beschäftigt sich mit den Luftrüstungen und registriert den bereits in Genf gefaßten Beschluß des Verbots von Luftbombardements und einer entsprechenden Abschaffung der Bombenflugzeuge unter dem Vorbehalt, daß ein System ausgearbeitet wird, das die militärische Benutzung der Zivilflugzeuge ausschließt. Die französische Delegation schlägt in diesem Sinne die Schaffung einer

Europäischen Luft-Transport-Union

vor. Ferner wird im Kapitel fünf ebenso wie bei den Landstreitkräften die Bildung einer internationalen Luftstreitmacht verlangt, deren Personal aus Freiwilligen verschiedener Nationalität gemäß einem zu bestimmenden Kontingent bestehen soll.

Am Schluß heißt es in dem Plan, daß alle Teile des Planes solidarisch sind und er gemäß der Entwicklung des Vertrauens und gemäß der Loyalität bei der Ausführung der übernommenen Verpflichtungen allmählich durchgeführt werden soll.

*

Gegenüber den ersten knappen Ankündigungen Herriots in der französischen Kammer bedeutet der jetzt veröffentlichte endgültige Plan eine Enttäuschung. Die Sicherheitsfaktoren nehmen in der jetzigen Fassung einen sehr erheblichen Raum ein, ebenso die aus dem Plan Tardieus übernommene „Völkerbundsarmee". Dagegen werden die konkreten Vorschläge, die nach der Rede Herriots lebhaftes Aufsehen in der ganzen Welt erregten, nunmehr stark verwässert. Das „gleiche Wehrsystem für alle", von dem ursprünglich die Rede war, wird zeitlich derart hinausgeschoben und durch so viel Vorbehalte und Sonderbestimmungen eingeschränkt, daß man diesen Grundgedanken kaum mehr wiedererkennt.

An sich findet man alle einzelnen Ankündigungen Herriots in dem jetzt bekanntgegebenen Plan wieder, aber zumeist in so unbestimmter, verschwommener Form, daß sie den größten Teil ihrer Anziehungskraft verloren haben. Es hat den Anschein, als ob wieder einmal die „Techniker" der Abrüstung, in diesem Falle der reaktionäre Generalstab unter Führung von Weygand, nach anfänglichem Rückzug wieder die Oberhand erlangt haben.

Manche Gesichtspunkte und Einzelheiten des französischen Planes verdienen nach wie vor Beachtung und Unterstützung. Aber die große Tat, die alle Hindernisse fortreißt, ist es nicht mehr, sondern nur noch ein kompliziertes Gebilde, mit dem sich nur sehr schwer ein wirklicher Fortschritt erzielen lassen wird.

Papen redet in Dresden

Allgemeine Redewendungen

Reichskanzler von Papen hat gestern der sächsischen Regierung einen offiziellen Besuch abgestattet. Er wurde vom Ministerpräsidenten Schieck empfangen.

Papen antwortete mit einem Bekenntnis zum Föderalismus und fuhr fort:

„Niemals ist dieses Bekenntnis der Zusammenarbeit berechtigter und notwendiger gewesen als in der Stunde, da wir gemeinsam um die seelische und materielle Neugestaltung des Reiches ringen. Die tätige Mitwirkung der Länder bei der Lösung des Problems der Reichsreform ist deshalb eine Selbstverständlichkeit. Wenn es daher auch in Zukunft die besondere Sorge der Reichsregierung sein wird, den Ländern unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten die Mitarbeit an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zu ermöglichen, so wird es nicht weniger wichtig sein — und ich habe in dieser Frage immer die besondere Unterstützung Sachsens gefunden — die Autorität des Reiches und seiner Regierung nach innen und außen in vollem Umfange zu wahren."

Später redete Papen nochmals vor der sächsischen Presse, wobei er ausführte:

„Wenn wir von einer Reform unseres verfassungsmäßigen Lebens sprechen, so haben wir niemals im Sinne gehabt, die Mitwirkung des Volkes an dem Geschick des Landes in irgendeiner Weise auszuschalten. Im Gegenteil: wir haben uns bemüht, von vornherein klarzumachen, daß wir eine neue bessere konstitutionelle Basis zu schaffen bemüht sind, die gerade eine Mitwirkung der breitesten Massen des Volkes an der Regierung erst ermöglicht. Was wir wollen, ist lediglich, den überspitzten Parlamentarismus auszuschalten, der nach dem Vorbild der westlichen Demokratie in Deutschland eingeführt ist. Was uns not tut, ist nicht Streit über Personenfragen, scheint mir, denn ich habe es immer wieder betont, daß Personenfragen an sich keine entscheidende Rolle spielen."

Schließlich sprach Papen noch einmal im Dresdener Rathaus, wobei er die folgenden Sätze prägte:

„Der Kampf der Regierung richte sich nicht gegen naturgegebene Rechte des Volkes an der Regierung in Reich, Ländern und Gemeinden; das Volk solle vielmehr gerade dazu herangezogen werden. Aber der Parlamentarismus habe auch in die Selbstverwaltung der Städte so manche Bresche geschlagen, und deshalb gelte es, diesen überspitzten Parlamentarismus auszuschalten, damit der Gemeinsinn wieder Gemeingut aller werde."

Bessere konstitutionelle Basis — das heißt Unabhängigkeit der Regierung vom Reichstag und damit vom Volkswillen, Ausschaltung des überspitzten Parlamentarismus in den Gemeinden zielt auf Entrechtung der Besitzlosen ab!

*

Als der Reichskanzler den städtischen Behörden im Dresdener Rathause einen Besuch abstattete, wurde er von einer tausendköpfigen Menge mit dem Ruf „Nieder mit dem Hungerkanzler!" empfangen. Als er das Rathaus verließ, ertönte Johlen und Pfeifen.

Reichstag: 6. Dezember

Keine vorherige Einberufung

Reichstagspräsident Göring hat sich, wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union erfährt, nunmehr endgültig dahin ausgesprochen, daß nicht beabsichtigt sei, den Reichstag vor dem 6. Dezember einzuberufen.

Hungerstreik gegen Papen

Protestaktion Festungsgefangener

Wegen der neuen Bestimmungen über den Strafvollzug für Festungsgefangene war es in Wesermünde in der vorigen Woche zu Kundgebungen der kommunistischen Gefangenen gekommen. Diese sind nunmehr in den Hungerstreik getreten.

Die kommunistischen Festungsgefangenen in Bielefeld haben den Hungerstreik, den sie wegen der strafverschärfenden Bestimmungen begonnen hatten, aufgegeben. Nachdem die Verhältnisse im Gerichtsgebäude durch Vertreter des Justizministeriums untersucht und festgestellt worden war, daß der beengte Hof nicht ausreiche, den Festungsgefangenen die Bewegung im Freien zu ermöglichen, ist beschlossen worden, den Gefangenen täglich einen zweistündigen Aufenthalt auf einem Sportplatz zu gewähren.

Otto Bauer und Einheitsfront

Verhandlungen der beiden Internationalen sind der Weg

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Wien, 14. November.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag referierte Otto Bauer über „Faschismus, Demokratie und Sozialismus". Er führte in den Hauptzügen aus:

Die Grunderkenntnis des Marxismus, daß jede Umwälzung der wirtschaftlichen Basis auch den politischen und geistigen Ueberbau umwälzt, ist niemals so anschaulich bestätigt worden wie gerade jetzt. Nirgends ist das so deutlich sichtbar, wie in den Ereignissen im deutschen Reich, die auch für Oesterreich schicksalbestimmend sind. Deutschland hat 1925 bis 1929 eine Zeit glänzender Konjunktur erlebt. Das war die Zeit, in der sich die deutsche Republik befestigt hat, in der die Rebellionen gegen die Republik von rechts und links aufgehört haben. Dann kam

die Wirtschaftskrise und mit ihr sofort die ungeheure Flut des Nationalfaschismus. Der deutsche Parlamentarismus wurde zerstört und funktionsunfähig gemacht, die alten Herrenklassen konnten ihre Diktatur wieder aufrichten.

In Mitteleuropa haben die Bauern, anders als 1917 in Rußland, nicht auf der Seite der Revolution gestanden. Sie haben sich vielmehr zum größten Teil auf die Seite der Reaktion geschlagen. Man muß das unserer Arbeiterjugend, die diese Zeit nicht miterlebt hat, immer wieder erklären. Deshalb konnte die mitteleuropäische Revolution über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht hinaustreten, deswegen konnte sie den Faschismus nicht töten, deswegen bleibt er in den Republiken einstweilen noch bestehen. Aber wir müssen auch noch eine andere Seite des Faschismus sehen. Es gibt einen großen Teil der arbeitenden Volksmassen, die mit der Bourgeoisie-Politik unzufrieden sind. Der von der Krise ruinierte Kleinbürger und Bauer, der Angestellte und der Beamte, dessen Gehalt gekürzt wird, sie lehnen sich gegen die Bourgeoisie-Politik auf und träumen in politischer Naivität und Unaufgeklärtheit von einer Diktatur, die diesem allen ein Ende bereiten werde.

Wir werden uns gewiß darüber nicht täuschen, daß man mit parlamentarischen Mitteln allein die Demokratie nicht verteidigen kann. Wir müssen unseren Genossen immer wieder klarmachen, daß in dieser gegenwärtigen Lage die Verteidigung der Demokratie gegen Reaktion und Faschismus die allerwichtigste Aufgabe ist. Ob eine revolutionäre Situation die Demokratie sprengen muß, ob eine revolutionäre Situation einmal der Arbeiterklasse die Macht in die Hand geben wird, darüber zu diskutieren hat heute keinen Sinn. Wir müssen verstehen, daß heute und hier die Entscheidung nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus fällt, sondern daß wir im Augenblick vor einer ganz anderen Frage stehen: Umzingelt vom Faschismus auf allen Seiten, ist es die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats, hier eine Insel demokratischer Freiheit zu bewahren.

In allen Ländern aktuell ist die Frage der Einheitsfront des Proletariats. Ich möchte vor allem eines aus der Debatte ausschließen: Einheitsfrontmanöver sind kein Weg zur Einheitsfront.

Es gibt nach meiner festen Ueberzeugung nur einen Weg zur Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab, das sind direkte Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Komintern. (Stürmischer Beifall.) Nur von Internationale zu Internationale, nur zwischen Zürich und Moskau kann die Einheitsfront begründet werden.

Wir müssen uns fragen, ob der Augenblick dazu reif ist. Heute schon die Verhandlungen einzuleiten, dazu ist der Moment noch nicht da. Ich bin überzeugt, daß dieser Augenblick kommen wird, weil geschichtliche Notwendigkeiten dies durchsetzen müssen. Aber mit der Einheitsfront ist das Problem der Machteroberung des Proletariats noch nicht erschöpft. Ich bin überzeugt, daß mit dem zweiten Sturz der englischen Arbeiterregierung und den Ereignissen der letzten Jahre, besonders dieses Jahres im Deutschen Reich, das Ende einer ganzen Geschichtsepoche bezeichnet wird und

der Beginn einer neuen Epoche, einer neuen internationalen Arbeiterbewegung begonnen

hat. Wir stehen am Beginn einer Zeit mit schweren, langen Krisen, die nur von kurzen Erholungsperioden unterbrochen sein werden. Darum müssen wir die Arbeiterklasse zu der materialistischen Erkenntnis erziehen, daß der Kapitalismus naturnotwendig aus seinem eigenen Wesen heraus nicht nur infolge der Bosheit seiner Träger zur Verelendung der Massen führt, wir müssen sie zu der Erkenntnis erziehen, daß der Weg nicht zurückführen darf zur Bourgeoisiepolitik, zur Monarchie und zu Diktaturen. Der Kapitalismus erlebt jetzt eine Weltblamage. Er zeigt, daß er nicht imstande ist, in einer Zeit, die reich ist an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Maschinen, die Menschen mit allem Notwendigen zu versehen. Deshalb flutet die Welle des Faschismus hoch, und sie flutet auch in unser Land. Es ist

der Augenblick, in dem wir uns einzig und allein zum Kampf gegen diesen Faschismus zu rüsten haben, um die Demokratie und die Freiheit der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Stürmischer, anhaltender Beifall folgte diesen Worten. Am Dienstag folgt das Referat Karl Renners über „Die Wirtschaftspolitik in der heutigen Zeit".

Das Aergernis

Der Fall Hussong

Friedrich Hussong, der politische Leitartikler Hugenbergs, tut sich viel darauf zugute, daß er seine Ueberproduktion an Galle — sie ist erheblich — gegen die Literatur verspritzt. Er hat sich zu Beginn dieser Woche ein neues Ziel erkoren, den „Fall Hauptmann". Bitte — es handelt sich weder um einen Kriminalfall, noch um einen Skandalfall, sondern um die bekannte Tatsache des 70. Geburtstags. Das sieht bei Hussong so aus:

„Das Aergernis neigt dem Ende zu. Zum unwiderruflich letzten Male findet in dieser Woche Gerhart Hauptmanns 70. Geburtstag statt. . . . . Eine Reklameangelegenheit, ein Aufputsch. . . . Von Anfang an ging Hauptmann auf fremden Krücken. . . . Man möchte uns diesen Stammler der ärmsten Enge als einen Geist und Genius von Weltweite aufschwatzen usw. usw."

So schrieb Friedrich Hussong am Montag in der Morgenausgabe der Hugenberg-Presse. Es vergingen sechs Stunden, es erschien die Hugenbergsche „Nachtausgabe", und, siehe da, das „Aergernis" neigte keineswegs dem Ende zu, sondern — — — eine ganze Beilage der „Nachtausgabe" war ausgefüllt mit der „Reklameangelegenheit" Gerhart Hauptmann! Hauptmanns Geburtshaus findet sich darin ebenso gewissenhaft abgebildet, wie der von der Gemeinde Salzbrunn ihrem Ehrenbürger Gerhart Hauptmann gesetzte Denkstein. „Auf Erinnerungsspuren in Gerhart Hauptmanns Heimat", „Im Geburtszimmer des Dichters", „Der Sohn Schlesiens", so lauten die Ueberschriften — welch ein „Aufputsch"!

Es wäre übermenschliche Grausamkeit, noch Salz in die Wunden des hereingefallenen Aergernisnehmers Friedrich Hussong zu reiben. Aber eine Erinnerung können wir uns doch nicht versagen: als Gerhart Hauptmann mit den „Webern", dem „Florian Geyer" und dem „Fuhrmann Henschel" auf der Höhe seines Schaffens wandelte, da war es allerdings die Scherl-Presse, die in Untertanendemut mit Wilhelm II. diese „Rinnsteinkunst" ablehnte. Aber wie hießen die Literaturgötter, zu denen Scherls Holzböcke damals aufblickten? — Wir nennen ihre Namen auf die Gefahr hin, daß keiner unserer Leser sich ihrer noch erinnert: es waren die Hofpoeten Wilhelms II., Josef Lauff und Ernst von Wildenbruch . .

Wir sind keine kritiklosen Hauptmann-Schwärmer — es sei auf den Artikel Hermann Wendels verwiesen. Aber es bereitet uns doch einige Genugtuung, mit dem „Aergernis" Hauptmann sympathisiert zu haben, als Herrn Friedrich Hussongs Blatt in Lauff und Wildenbruch die Unsterblichen der deutschen Literatur vermutete.

Deutsches Kulissenspiel

Publikum: Wir wollen endlich wissen, was hier gespielt wird."
Direktor v. Papen: „Geduld, der Vorhang wird gleich hochgehen."

Gerhart-Hauptmann-Feier

Festliche Ehrung in den Ausstellungshallen

Am Vorabend des heutigen 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns veranstaltete die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger gemeinsam mit den Verbänden der deutschen Bühnen und des deutschen Schrifttums eine Gerhart-Hauptmann-Ehrung in der Ausstellungshalle II am Kaiserdamm, die sehr starken Besuch aufwies und an der der Dichter und seine Gattin teilnahmen.

Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man die Botschafter Spaniens, Rußlands und Italiens, den Schweizer, portugiesischen, irischen und rumänischen Gesandten, ferner zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie viele prominente Persönlichkeiten der Berliner Kunst- und Bühnenwelt und des deutschen Schrifttums. Die Halle hatte festlichen Schmuck mit den Farben des Reichs, Preußens und Berlins erhalten.

Gerhart Hauptmann wurde bei seinem Erscheinen stürmisch von der Menge begrüßt. Die III. Leonoren-Ouvertüre von Beethoven, gespielt vom Berliner Funkorchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Eugen Jochum, leitete die Feier ein. Hierauf ergriff Oberbürgermeister Dr. Sahm zu einer Festansprache das Wort.

„Wir stehen am Vorabend des 70. Geburtstages Gerhart Hauptmanns", so führte er aus. „Das deutsche Volk rüstet sich, den Tag der Vollendung des siebenten Jahrzehnts zu einem Ehrentage für den großen deutschen Dichter zu gestalten. Berlin, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist, erlebt heute die Ehre und Freude, Gerhart Hauptmann, den Führer, den Wegweiser einer neuen Literaturepoche im deutschen Kulturleben, in diesem Festraum zujubeln zu können."

Der Pulsschlag der Weltstadt konnte auf den Dichter nicht ohne stärkste Einwirkung bleiben. Kein Wunder sei es gewesen, daß die schwermütige märkische Landschaft auch Gerhart Hauptmann in ihren Bann gezogen habe. Wie sehr er in dieser zweiten Heimat Wurzel gefaßt habe, das zeige der Hintergrund von vielen seiner Werke, in denen viel „Berlinisch" enthalten sei. Dr. Sahm schloß: „Wir verbeugen uns heute in ehrfürchtiger Dankbarkeit und Bewunderung vor dem Genius Gerhart Hauptmanns, der seine Schöpfung willig der Menschheit bietet."

Der Dichter Carl Zuckmayer brachte dann in begeisterten Worten den Dank der schaffenden deutschen Jugend und des deutschen Schrifttums an Gerhart Hauptmann zum Ausdruck. Carl Wallauer stattete sodann den Dank des deutschen Theaters und der deutschen Schauspielerschaft an Gerhart Hauptmann in beredten Worten ab. Nachdem Frida Leider den Schlußgesang der Brünhilde aus der „Götterdämmerung" vorgetragen hatte, dankte

Gerhart Hauptmann

selbst, von stürmischem Beifall umbraust, in bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Er wies dann darauf hin, daß man von seiner Person absehen und den Tag zu einer Ehrung der Kunst werden lassen möchte, die ohne humane Wesensart undenkbar sei. Das Wort „Kunst ist Religion" wandelte er dahin ab, daß seine Kunst seine Religion sei. Gerhart Hauptmann schloß mit dem Geständnis, daß er Freude und Stolz über die ihm zuteil gewordene Ehrung empfinde, denn es gebe wohl nichts Schöneres, als das Bewußtsein, in der Achtung und Liebe der Mitmenschen beschäftigt zu sein.

Nach weiteren stürmischen Ovationen für den Dichter schloß der „Wachtauf"-Chor und die Ansprache des Hans Sachs aus den Meistersingern unter Leitung von Prof. Dr. Max v. Schillings und mit Kammersänger Wilhelm Rode als Solisten die eindrucksvolle Feier.

Hindenburg an Hauptmann

Der Reichspräsident hat an Gerhart Hauptmann folgendes Glückwunschschreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Hauptmann! Zu Ihrem 70. Geburtstag spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. Anläßlich Ihres 60. Geburtstags ist Ihnen die höchste Auszeichnung des Reiches, der Adlerschild, verliehen worden. So bleibt mir heute nur übrig, erneut der Anerkennung Ausdruck zu geben, die das deutsche Volk Ihnen und Ihrem dichterischen Schaffen entgegenbringt, und den Dank zu wiederholen, der Ihnen für Ihre Verdienste um die deutsche Kunst und nicht zuletzt für die Vertretung und Verteidigung des deutschen Gedankens in der Welt in so reichem Maße gebührt. Ich wünsche Ihnen ein langes weiteres Leben voll Gesundheit und Schaffenskraft und verbleibe mit freundlichen Grüßen Ihr sehr ergebener

gez.: von Hindenburg."

Tagung der Kriegsopfer

Zurück zur Demokratie!

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Königsberg, 14. November.

Auf der Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen folgte nach der schon mitgeteilten Eröffnungsrede des Vorsitzenden Pfändner die Begrüßungsansprache.

Den ersten Tagesordnungspunkt bildete ein Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hermberg-Jena über

„Wirtschaftskrise und Sozialpolitik".

Er brachte eine tiefschürfende Auseinandersetzung mit der Funktion sozialpolitischer Maßnahmen in der kapitalistischen Wirtschaft. Staat und Selbstschutzverbände haben nicht die Aufgabe, den Wirtschaftsertrag, sondern den Menschen vor der Wirtschaft zu schützen! Prof. Hermberg schloß mit einem entschiedenen Bekenntnis zur bewußten Planwirtschaft; die Kräfte müßten mobilgemacht werden, um ein neues System bauen zu helfen.

Auch der Vortrag des zweiten Bundesvorsitzenden Roa über

„Die Not der Kriegsopfer"

brachte aus reichhaltigem Tatsachenmaterial schwere Anklagen gegen den sozialreaktionären Kurs der Papen-Regierung. Nicht nur, daß materiell die Versorgungsberechtigten schwer geschädigt wurden, sondern auch in ihren Rechtsansprüchen, im Verfahren zu ihrem Rechtsschutz sind einschneidende Verschlechterungen durchgeführt worden, die zudem unzweckmäßig, uneinheitlich und planlos die Grundsätze von Versorgung, Versicherung und Fürsorge vermengen und verwischen. Bei den unzulänglichen Fürsorgesätzen leben heute Millionen schon in bitterster Not, auch wenn sie nicht auf den Straßen sichtbar ist. Auch dieser Redner unterstrich das Versagen der Gesellschaftsordnung vor ihren Aufgaben, das an dem fehlenden sozialpolitischen Schutz zuerst erkennbar wird, und zeigte auf, daß die Rechtsordnung den Eigentumsbegriff, die Staatsordnung das Herrschaftsprinzip und das Wirtschaftssystem die sozialen Abhängigkeitsverhältnisse überspitzt hat. An Einzelheiten bewies er, wie verhängnisvoll sich das Regieren einer unverantwortlichen Ministerialbürokratie unter dem Notverordnungsregime ausgewirkt hat, und betonte, daß bei allen Schwächen des Parlamentarismus dieser noch weit besser funktioniert hätte als die heutige Verordnungswirtschaft! Der Referent umriß die dringlichsten Forderungen der Kriegsopfer im einzelnen und schloß unter lebhaftem Beifall der Versammelten mit dem Ruf: Zurück zur Demokratie, zurück zum Recht!

Aus den weiteren Beratungen der Konferenz verdient der Bericht des Reichstagsabgeordneten Roßmann-Stuttgart über die Tätigkeit der „Ciamac", der Internationale der Kriegsopfer, hervorgehoben zu werden, ferner das Referat von Landrat Dr. Foth-Neustrelitz über die Tätigkeit des Völkerbundes in der gleichen Richtung. Die Bundessekretärin Harnoß-Berlin erstattete über die Erziehungsbestrebungen der Kriegsopferverbände aufschlußreichen Bericht.

Die Verhandlungen am Sonntag galten mehr innerorganisatorischen Angelegenheiten.

Billige Lebensmittel

Preise nur Dienstag. Lebensmittelzusendungen von 5,00 M. an. Telephonische und schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten.

Lebende Karpfen u. Hechte Pfd. **0,60**

Hirschblätter Pfd. von **0,50**

Bücklinge Pfd. von **0,24**

Kaninchen gestreift und ausgeworfen, Pfd. von **0,64**

Wild und Geflügel

Gänse frisch ...... Pfd. von 0,75
Enten .... Pfd. von 0,78
Hasen gestreift und ausgeworfen .... Pfd. von 0,78
Rehblätter .... Pfd. von 0,75
Wildragout .... Pfd. von 0,30

Wurstwaren

Dampfwurst .... Pfd. 0,75
Fleischwurst .... Pfd. 0,85
Jagdwurst .... Pfd. 0,88
Wiener Würstchen .. Pfd. 0,95
ff. Leberwurst .... Pfd. 0,98
Zervelat od. Salami Pfd. 1,15
Schinkenspeck .... Pfd. 1,18
Gekochter Schinken 1/4 Pfd. 0,32

Fische und Räucherwaren

Kabliau gross, ohne Kopf, im ganzen .... Pfd. von 0,20
Schellfisch im ganzen, Pfd. 0,30
Rotbars .... Pfd. 0,22
Grüne Heringe .... 3 Pfd. 0,35
Schellfisch geräuchert, Pfd. 0,30
Seelachs geräuchert ... Pfd. 0,38
Seeaal geräuchert 0,48
Sprotten geräuchert ... Pfd. 0,32
Fettheringe in Tom., 2 Dos. 0,65
Oelsardinen ..... 3 Dosen 0,88
Senfgurken ..... Spez.-Dose 0,68

Käse und Fette

Harzer .... Pfd. 0,25
Margarine .... 3 Pfd. 0,74
Kokosfett .... 3 Pfd. 0,88
Tilsiter vollfett .... Pfd. 0,68
Schweizer .... Pfd. v. 0,92

Erdbeer-, Aprikosen-, Kirsch-, Orangen-Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. **0,98**

Kolonialwaren

Kakao stark entölt .... Pfd. 0,50
Sultaninen .... Pfd. 0,26
Bassin-Reis .... Pfd. 0,15
Linsen .... Pfd. 0,14
Viktoria-Erbsen .... Pfd. 0,18
Auszugmehl .... Pfd. 0,24
Backobst .... Pfd. 0,36
Pflaumen .... Pfd. von 0,25
Aprikosen .... Pfd. 0,44

Obst und Gemüse

Amerik. Aepfel ... 3 Pfd. 0,70
Kochäpfel .... Pfd. 0,16
Tiroler Aepfel .... Pfd. 0,15
Kochbirnen .... 2 Pfd. 0,25
Kranzfeigen .... Pfd. 0,22
Erdnüsse .... Pfd. 0,25
Bananen .... Pfd. 0,24
Zitronen .... Dtzd. 0,30
Rosenkohl .... Pfd. 0,15
Sellerie .... Pfd. 0,05
Spinat .... 3 Pfd. 0,14
Grünkohl .... 3 Pfd. 0,14
Zwiebeln .... 3 Pfd. 0,20
Rotkohl .... 3 Pfd. 0,10
Weisskohl .... 3 Pfd. 0,10
Wirsingkohl .... 3 Pfd. 0,10
Möhren .... 3 Pfd. 0,10
Kartoffeln .... 10 Pfd. 0,24

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfd. von 0,45
Schmorfleisch Keule o. K. Pfd. von 0,68
Rouladen .... Pfd. von 0,75
Kalbsschnitzel Pfd. von 1,28
Bratwurst .... Pfd. 0,78
Eisbein ohne Spitzbein .. Pfd. 0,58
Rindergulasch ..... Pfd. 0,64
Kassler mild ...... Pfd. von 0,74

Kalbskeule ganz u. get., b. 6 Pfd. schwer, Pfd. v. **0,58**

Schweinekamm u. Kotelett Pfd. von **0,84**

Molkerei-Butter .... Pfd. **1,12**

Heringssalat, Fleischsalat oder Mayonnaise .... Pfd. **0,58**

Kaffee frisch gebrannt, Pfd. von **1,90**

Jamaika - Rum - Verschnitt 40%, in sehr guter Qualität, Ltr. **3,75** 5 Ltr. **18,00** ohne Flasche

249

Strümpfe für Damen, Bemberg-Kunstseide, feine weiche Qualität .... Paar **1,00**

Handschuhe für Damen, gestrickt, reine Wolle, mit gemustertem Rand .... Paar **0,95**

Unterziehschlüpfer für Damen, fein gewirkt, weiss und zarte Farben .... Stück **0,75**

Hausschuhe für Damen, mit Umschlag, reine Wolle und Kamelhaar, m. Filz- u. Ledersohle, Paar **1,85**

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Dienstag, den 15. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Idomeneo

Staatliches Schauspielhaus
20¼ Uhr
Festvorstellung anläßl. des 70. Geburtstages **Gerhart Hauptmanns**
Geschlossene Vorstellung
Gabriel Schillings Flucht

Täglich 8 Uhr 15 Winter Garten
Flora 3434. Rauchen erlaubt
Birkmeyer und sein
Wiener Ballett
3 Arconas / 2 Burley's
Hans Kolischer
10 Brox / Will Morris
Yra & Ottaré usw.
Morgen Bußtag
Medau-Schule
2 Vorführungen:
5 Uhr und 8 Uhr 15.
Bewegung u. Musik
Das führende Variété

Schiller Theater
Bismarckstr. (Knie)
Steinpl. (C 1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
Robert und Bertram
Alfred Braun, Fritz Hirsch, Senta Söneland
Bußtag 8¼ Uhr
Neidhardt von Gneisenau

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
D 2 Weidend. 6304—05
8¼ Uhr
Bußtag 8 Uhr
letzte 4 Aufführungen
Auslandreise
mit
Felix Bressart
Bußtag 7½ Uhr
Der Biberpelz
von Gerhart Hauptmann
Inszenierung: Barnowsky

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
D 1, Norden 2944.
Heute 7 Uhr
Hauptmann-Feier
einmalige Aufführung:
Die Ratten
in Premierenbesetzung

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Dienstag, 15. Nov.
Turnus I
20 Uhr
Rheingold
Rode, Burgwinkel, Thorborg, Schirach, Kandl, Gombert, Baumann, Braun a. G.
Dir. Fritz Stiedry

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Fritzi
Massary
in
Eine Frau, die weiß, was sie will!

Theater im Admiralspalast
Merkur 9901
Täglich 8¼ Uhr
Hans Albers
Liliom
Bußtag u. Totensonntag geschlossen

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
BUSTER WEST
Der komischste Tänzer der Welt
CONCELLOS
Die Könige d. Luft
MAX ADALBERT
FR. GRÜNBAUM
u. s. w.

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidend. E 7 3422
8.15 Uhr
Der
Zigeunerbaron

Deutsches Theater
Weidend. 5201
Täglich 8 Uhr
Mittwoch 4 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg
Regie: Max Reinhardt
Thimig, Fehdmer, Claussen, Kayßler, Wegener

Kammerspiele
Festvorstellg. 11 Uhr nachts
Michael Kramer
von
Gerhart Hauptmann
Klöpfer, Metzer, Triesch, Flockina, v. Platen, Kaiser, Liebeneiner.
Regie: K. H. Martin

Theater d. Westens
Steinpl. 3121
Täglich 8¼ Uhr
Gitta
Alpar
in
Katharina
Bußtag u. Totensonntag 3¼ Uhr
Jugend
mit
Maria Paudler und Andree Mattoni

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
Oberbaum 3500
früher „Elite-Sänger"
„Hier können Familien Kaffee kochen"
Tgl. 8¼ U. Sonnt. nachm. 3½
Preise von 50 Pf. an

Theater i. d. Stresemannstr.
Täglich 8¼
Zu wahr, um schön zu sein
v. Bernard Shaw
Moissi, v. Thellmann, Bertens, Evans, Otto, Sima, Wiemann, Deppe, de Kowa.
Bußtag 8¼ Uhr
Iphigenie

PLAZA
Tägl. 5 u. 8½ Stgs. 2, 5 u. 8½ U.
Heute letzter Tag:
Anneliese von Dessau
MORGEN
BUSSTAG
2, 5 und 8¹⁵ Uhr
„HEIMAT"
Schauspiel v. Herm. Sudermann

Grosses Schauspielhaus
Täglich 8 Uhr
Der Studentenprinz
Sonnt. nachm. 3 Uhr bill. Preise

Deutsches Künstler-Th.
Nürnberger Str.
Täglich 8½ Uhr auch Bußtag und Totensonntag
Leopoldine
Konstantin
in:
Die Nacht zum 17. April

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

Zimmer
1 Bett v. RM. 5.- ar
2 Betten v. RM. 10.- ar
Hotel-Frühstück kompl. RM. 1.50

Berlin a. Anh. Bahnh.
Hotel EXCELSIOR.
Eigent. Curt Elschner
Café und Halle:
Täglich spielt
L. Mischa
mit seinem berühmten Orchester
— 10 Herren —
Im Hause
Augustiner-Keller
München - Berlin
(1200 Pers. Sitzpl.)
Bei Selbstbedienung
½ Lt. 0.48 ⅓ Lt. 0.98
Großer Küchenbetrieb
Kleine Preise.

Haus Vaterland
Im Palmensaal 4 h 7 Tanz-Tee
Auf d. Rheinterrasse Familien-Kaffee mit Künstler-Konzert
Betrieb Kempinski

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.

Die Liebe blüht in Werder
Volksstück mit Gesang und Tanz
Gutschein 1—4 Pers.: Parkett 0.50 M., Fauteuil 0.75 M., Sessel 1.25 M.
Totensonntag Nachm. 4 u. abds. 8¼ Uhr
„Der Weibsteufel"
Sensationskomödie von Schönherr.

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
8.15 Sonntag 3.30
zu ermäßigten Preisen.

Melodie des Glücks
und das November-Programm

Trinkt STEUER KAFFEE seit 75 Jahren bestehend
Gerichtstraße 57

DAS FILMISCHE ERLEBNIS!

Ein dramatischer Lubitsch-Film in deutscher Sprache nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Maurice Rostand
Sinfonisches Vorspiel: Das Capitol-Orchester
Dirigent: Richard Ralph
Premiere HEUTE 7 u. 9¹⁵
Vorverkauf 12—2 Uhr Barbarossa 7068
CAPITOL AM ZOO

Willi Schaeffers' Kabarett für Alle
Wintergarten Str. 53
4 Uhr Täglich 2 × 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1—3 Mk.
Nachm. Gedeck 1,25
Jeden Sonnabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

Abschrift.
Urteil.

Das Amtsgericht München, Abteilung Strafgericht,

erkennt
in der Privatklagesache
Hitler, Adolf, Schriftsteller in München,
gegen
Gruber, Martin, Schriftleiter in München,
wegen Beleidigung,

in der öffentlichen Sitzung vom 5. April 1932, an der teilgenommen haben:
1. Amtsgerichtspräsident Frank als Vorsitzender,
2. Justizobersekretär Bauer als Urkundsbeamter,

auf Grund der Hauptverhandlung vom 1. und 5. April 1932 zu Recht:

I. Der Angeklagte Martin Gruber, geboren am 28. Mai 1866 in Harthausen, verh., Schriftleiter der Zeitung „Münchener Post" in München,
ist schuldig
eines fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede und wird deshalb zu einer Geldstrafe von zweitausend Reichsmark, für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von vierzig Tagen verurteilt.

II. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen und die dem Privatkläger Adolf Hitler, Schriftsteller und Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in München, erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

III. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art in die Zeitungen
a) „Münchener Post" in München,
b) „Völkischer Beobachter" in München,
c) „Vorwärts" in Berlin,
innerhalb zweier Monate nach Rechtskraft des Urteils öffentlich bekanntzumachen.

Das Urteil ist durch Berufungszurücknahme rechtskräftig geworden. Ich gebe es als Vertreter des Privatklägers bekannt.

München, den 8. November 1932.
Dr. Hans Frank II, Rechtsanwalt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wahlkörper-Versammlungen der arbeitslosen Mitglieder.

Wahlkörper III: Donnerstag, den 17. Nov., mittags 12½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85: Eisen-, Metall-, Revolver-, Karussell- und Bohrwerksdreher, Schraubendreher, Rundschleifer, Einrichter, Automateneinrichter, Rohrleger und Rohrleger helfer.

Wahlkörper IV: Freitag, den 18. Nov., vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85: Graveure, Ziseleure, Gürtler, Drücker, Schleifer, Galvaniseure, Eisenformer, Metallformer, Kernmacher, Arbeiterinnen, Feilenhauer, Gießerei- u. Hilfsarbeiter, Zigarettenmaschinenführer, Betriebshandwerker, Kinovorführer.

Wahlkörper V: Freitag, den 18. Nov., nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85: Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Schnittarbeiter, Walzwerkarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
Beratung der Anträge und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung am 28. Novbr. 1932.

Zutritt haben nur diejenigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufsbezeichnung haben, für welche die Versammlungen einberufen sind.

Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte kein Zutritt.

Donnerstag, den 17. November, abends 5 Uhr:
Versammlung
der Autogen- und Elektroschweißer sowie Schweißerinnen
im Lokal „Schlesische Heimat", Neue Friedrichstraße 1 (nahe Jannowitzbrücke)
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 17. November, abends 5 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Metalldrücker und Polierer
in Ewalds Vereinshaus, Skalitzer Str. 126.
Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist Pflicht aller Kollegen, einschließlich der erwerbslosen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Donnerstag, den 17. November, abends 5 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Metall- und Revolverdreher sowie Dreherinnen
im Lokal von Reinke, Grünauer Str. 17.
Tagesordnung:
1. „Die Notverordnungen und die Gewerkschaften". Referent: Kollege Fabian. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Achtung!
Gold- und Silberschmiede
Donnerstag, den 17. November, abends 5 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 17. November, abends 5½ Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schnittarbeiter und der Kolleginnen und Kollegen der Metallkurzwaren-Betriebe
im Verbandshaus, Sitzungszimmer 4, 4 Treppen, Elsässer Straße 86—88, Eingang B.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %.
Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Tapeten Zeißlat, Kolonistraße 9.

Möbel

Apartes Schlafzimmer, Eiche mit Kaukasisch-Nußbaum, moderne Bauart, prima Tischlerarbeit, Reichsmark 440,—. Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor. Filiale: Andreasstraße 30. •

Patentmatratzen „Primissima" Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn. Kein Laden. •

Im Marstallgebäude, Breitestraße 36, gebrauchte Möbel spottbillig. •

Schlafzimmer 250—850, Dielengarnituren 29—75, Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Gewerkschaftler kaufen Möbel billig in der Möbelfabrik Elsässerstr. 86—88, vorn 1 Treppe, im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter. Teilzahlung gestattet. Man achte auf den Namen Fißner.

Küchen Küchen Küchen
Küchen - Maßerer Eigene Spezial-lackwerkstätten Warschauerstr. 57/58 (gegenüber Hochbahn und Stadtbahn).

Nähmaschinen

Nähmaschinen, neu und gebraucht. Kottbusser Damm 70—71. •

Radio

Radioanlagen, alle Marken, gegen kleinste Monatsraten. Vorführung kostenlos. Ostfunk Szilagi, Neanderstraße 16, Etagengeschäft. Telephon Jannowitz 0435. •

Kraftfahrzeuge

Riesenauswahl in gebrauchten Motorrädern. Alle Preislagen. Ein Besuch lohnt wirklich. Weiß, Schönhauserallee 40a. •

Ihr Schneider

60,—
78,—
85,—
Maß-Anzug, -Ulster. Monatsrate 8,—. Berolina 2634. •

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.

Vermietungen

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsheld Neue Königstraße achtunddreißig direkt Alexanderplatz •

Neubauwohnung, Großes Zimmer, Küche, gemeinsames Bad, 35,—, 2 Zimmer 55,— Reichsmark. Friedrichsfelde, Weißeck-straße 17. •

„Kennen Sie Mutter Wolffen?"

Ein Streifzug durch Erkner — Die Ueberlebenden aus Hauptmanns „Biberpelz"

Es war ein Experiment, aber ein auf Anhieb geglücktes: auf der Straße in Erkner einfach die beiden ersten besten Frauen ansprechen, dort die zwei, die beim Grünkramfritzen vor der Tür stehen, und sie fragen: „Guten Morgen, Frau Nachbarin, kennen Sie Mutter Wolffen aus Hauptmanns „Biberpelz"?" Sofort sprudelt es nur so los: „Aber wieso denn nicht, ich wohne 50 Jahre in Erkner", und die andere fällt gleich mit ein: „... und ick bin in Erkner jeborn, wie werden wir denn Mutter Wolffen nicht kennen!" Dann kann man alles hören, was man will: von der Mutter Wolffen — wir lassen es jeweils bei den Hauptmannschen Namen — von ihrem Julius, den nun schon seit dreißig Jahren der Rasen deckt, vom Amtsvorsteher von Wehrhahn, von den Töchtern Leontine und Adelheid, mit denen die Erknerschen Frauen von heute noch zusammen gespielt haben, und selbst an den Amtsdiener Glasenapp kann man sich noch gut erinnern. Nicht minder wie an den Herrn Gerhart Hauptmann, der hier in Erkner vor etwa vierzig Jahren seinen „Biberpelz" geschrieben hat. Wir haben es uns längst angewöhnt, Gerhart Hauptmann zu sagen, aber für Erkner ist der heute Siebzigjährige immer noch der Herr Hauptmann, der in dem kleinen Haus am Ende der Friedrich- und am Anfang der Fürstenwalder Straße gewohnt hat. Heute wird in diesem Hause, wie hierzulande üblich, Bier feilgehalten.

Die 86jährige erzählt

Aber während die älteren Frauen von Erkner alle noch einmal gern den Herrn Hauptmann sehen möchten, sie wissen ganz gut, daß er neulich in der Volksbühne bei einer „Ratten"-Aufführung war, hat die Mutter Wolffen keine Sehnsucht nach dem Herrn Hauptmann. Es ist noch nicht allzu lange her, da fragte man die heute 86jährige Frau — ja 1846 ist sie geboren —, ob sie sich noch an den Herrn Hauptmann erinnere, doch sie schnitt das Gespräch kurzerhand ab, indem sie ein wenig barsch sagte: „Ach, von dem will ich nichts wissen", und sie fügte noch hinzu, daß sie den Schiffer Wulkow überhaupt nicht gekannt habe. Vor zwei Jahren, da führten übrigens die Gymnasiasten von Erkner den „Biberpelz" auf und schickten Mutter Wolffen zwei Freikarten, aber wer nicht kam, war Mutter Wolffen. Denn es hat ihr durchaus keine Freude bereitet, die Hauptperson aus dem „Biberpelz" zu sein; nur ein kleines Beispiel, wie es ihr mitunter erging: da flogen des Nachbars Hühner in ihren Garten. Natürlich schimpfte Mutter Wolffen, sie hätte kein Futter für fremdes Viehzeug, sagte das Federvieh wieder über den Zaun, aber da stand schon die Nachbarin und murmelte: „Na ja, Biberpelz, det kenn wa!"

Mutter Wolffen kam erst als verheiratete Frau mit ihrem Julius nach Erkner. Geboren wurde sie in Schlesien. Julius war ein großer, dunkler Mann, den jeder Erkneraner — so nennen sich die Leute von Erkner — in seiner blauen Schifferbluse kannte. Und die Mutter Wolffen, ja, die kannte eigentlich jeder nur bei der Arbeit. Sie hat es auch einmal selbst gesagt zu einer Frau: „Man wundert sich manchmal, mit wie wenig Schlaf man in seinem Leben ausgekommen ist." Und die paar Menschen, die mit ihr zusammen auf einem Grundstück wohnen, können es nur bestätigen, wie sie seinerzeit um 3 Uhr in der Frühe aufgestanden ist und Holz aus der Heide holte, die Mädels und die Enkel großzog und dann Tag für Tag am Waschtrog stand. „Nur kein Schmalz" war zeitlebens ihre Devise, und es hat schließlich nicht nur für die Butter gelangt, sondern sogar zu einem Grundstück. Hier lebt sie den Sommer über in einem winzigen Häuschen aus roten, unverputzten Backsteinen. In der Ecke steht sauber gemacht ihr Bett, auf dem Küchentisch stehen noch ein paar Kaffeetöpfe, nur in der Kochmaschine brennt jetzt kein Feuer mehr, denn den Winter über wohnt Mutter Wolffen in Berlin bei ihrem Enkelkind.

Immer noch auf dem Posten

Sie ist jetzt alt, und das Gehen fällt ihr schon sehr schwer. Und wer mit ihr sprechen wollte, müßte schreien. Das ist so plötzlich über sie gekommen, denn vor zwei Jahren, da stand sie noch in ihrem Garten und grub ohne fremde Hilfe ihr Stück Kartoffeln um. Doch die Augen sind noch die alten, von denen sie einmal gesagt hat, es stimmte, es wären Katzenaugen, und so braucht sie, wenn sie die halbe Nacht aufbleibt und beim Scheine ihrer Petroleumlampe die Zeitung oder die Bibel liest, noch heute keine Brille. Dennoch ist sie beim Morgengrauen schon wieder auf den Beinen; wenn Erkner erst gemächlich erwacht, dann hat um 5 Uhr morgens Mutter Wolffen bereits ihr Bett gemacht und sich Kaffee gekocht. Sie ist eine ruhelose Frau geblieben, trotzdem sie augenscheinlich keine Sorgen weiter hat: von Erkner bezieht sie ihre Kleinrente, und das Zinshaus, das auf ihrem Grundstück gleich vorn an der Straße steht, bringt auch etwas ein.

Im Sommer kommt immer Leontine; Adelheid ist wie ihr Vater Julius schon lange tot. Leontine kommt aus Duisburg, wohin sie verheiratet ist, und immer noch erzählt sie die Geschichte mit ihrem Finger und der Sichel. Denn ganz in der Frühe hat Leontine in den Wald nach Blaubeeren oder nach Grünfutter gehen müssen. Mit einer großen Kiepe auf dem Rücken und der Sichel in der Hand. Da hat sich dann Leontine eines Tages gottsjämmerlich mit der Sichel in den Finger geschnitten, die ganze Schürze war voll Blut, als sie zurückkam, aber die erste Frage Mutter Wolffens war: „Wo hast du die Sichel gelassen?" Eine Enkelin ist in Berlin verheiratet, und hier lebt Mutter Wolffen jetzt im Winter.

*

So hat die alte Frau alle Figuren aus dem „Biberpelz" überdauert. Wehrhahn, Krüger, Motes, Glasenapp und wie sie alle hießen. „Natürlich haben wir auch den Herrn Amtsvorsteher gekannt — sagen die Frauen aus Erkner — er war doch unser Standesbeamter und hat uns verheiratet, aber gern sind wir nicht hingegangen. Er schimpfte immer so. Ich bekam damals, als ich heiratete, es sind nun 35 Jahre her, meine eingezahlten Beiträge von der Invalidenversicherung zurück. Ich hatte die Formulare aber zu Hause ausgefüllt, und da machte er Krach mit mir, ich solle so etwas in Zukunft vor seinen Augen schreiben und den Vornamen deutsch und den Vatersnamen lateinisch. Ja, ja, Herr, wir kennen die ganze Biberpelz-Geschichte. 50 Jahre bin ich jetzt schon in Erkner."

Zusammengebrochene Hetze

Der „Angriff" beschuldigte Polizeibeamte zu unrecht

Im Verlauf des Verkehrsstreiks war es am 4. November früh in Schöneberg in der Belziger Straße und am Rudolf-Wilde-Platz zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Angehörigen der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei gekommen. Ein „Vorwärts"-Transportauto war gestürmt und umgeworfen worden, herbeieilende Polizeibeamte kamen durch Steinwürfe in ärgste Bedrängnis; sie mußten zur Schußwaffe greifen. Ein Nationalsozialist, der Bezirkszollkommissar beim Hauptzollamt Berlin-Süd, Kurt Reppich, wurde, wie erinnerlich, tödlich getroffen.

Dieser Vorfall bot dem „Angriff" Veranlassung zu einer unerhört wüsten Hetze. Er schrie am 4. November nach der Mordkommission und nannte zwei Beamte, „einen gewissen Bernyschewski und einen gewissen Gröning", mit Namen. Man beschuldigte diese Beamten durch den Ruf nach der Mordkommission geradezu der vorsätzlichen und überlegten Tötung. Der stellvertretende Reichskommissar Bracht schickte dem „Angriff" daraufhin eine Auflagenachricht. Es hieß darin: „Einen Polizeibeamten Bernyschewski gibt es nicht... Einen Beamten Gröning oder ähnlichen Namens gibt es überhaupt nicht." Zum Fall Gröning druckte der „Angriff" dann eine Berichtigung des Vaters von Gröning ab, die angeblich „die Behauptung der Auflagenachricht Lügen straft". Der Vater Grönings hatte nämlich mitgeteilt, daß sein Sohn zur Zeit Polizeianwärter auf der Polizeischule in Brandenburg ist. „Nun steht", sagt der „Angriff", „einwandfrei fest, daß in Schöneberg die Leute von der Polizeischule Brandenburg eingesetzt worden sind." Unter diesen Leuten hätte sich auch der Schupoanwärter Gröning befunden. Inzwischen war, das fügen wir besonders hinzu, auf die Behauptung des „Angriff" hin der Vater Grönings mit Drohbriefen bedacht worden.

Zwei Tage später findet sich im „Angriff" in bescheidenem Druck eine Darstellung, nach der die Redaktion durch den Ministerialdirektor Dr. Schütze vom Innenministerium folgende Darstellung erhalten habe: „Zu der Frage, ob die Polizeibeamten Brzeski und Gröning sich unter der Schupo befunden hätten, erklärte Ministerialdirektor Dr. Schütze, daß Brzeski seit längerer Zeit in Urlaub sei, und daß es zwar einen Gröning auf der Polizeischule in Brandenburg gebe, daß dieser Beamte jedoch in Schöneberg nicht eingesetzt worden sei. Ueberhaupt hätten Brandenburger Beamte in Schöneberg keine Verwendung gefunden... Zusammenfassend ist zu bemerken, daß wir uns davon überzeugen konnten, daß die in unserer Entgegnung enthaltenen Angriffe und Vorwürfe ebenfalls im wesentlichen nicht gerechtfertigt waren..." Es handelt sich hierbei wohlgemerkt um keine Auflagenachricht.

Dann aber fügt der „Angriff" hinzu: „Es bestehen allerdings in einzelnen Punkten große Unterschiede zwischen den Aussagen der vernommenen Beamten und Zeugen und den Bekundungen unserer Zeugen." Das glauben wir gerne, denn der Wert nationalsozialistischer Zeugenaussagen ist für uns durch unzählige Aussagen vor Gerichten und namentlich vor den Sondergerichten lange klargelegt. Dieser Wert ist nämlich gleich Null.

Wir wollen zu dem kläglichen Rückzug des „Angriff" nur noch eins bemerken: Nach unserer Ueberzeugung wurde die infame Hetze gegen die Beamten getrieben, nur weil sie dem Nationalsozialismus fernstehen.

Zwei vom Sturm 92

Urteil erst heute zu erwarten

Die Verhandlung des Sondergerichts gegen die beiden Angeklagten vom Sturm 92, die mit zwei weiteren Komplicen in der Nacht vom 4. zum 5. November in der Stadt im Auto herumfuhren und in die Weichen der Straßenbahnschienen Zement gossen, wobei auf die Polizei geschossen wurde, konnte auch gestern nicht zu Ende geführt werden.

Der Polizeibeamte, der zwischen 7 und 10 Uhr morgens Dienst tat, sagte aus, daß der Zement so „weich wie Lehm" war, während der Beamte, der am frühen Nachmittag den Zement zu entfernen hatte, ihn als „teigig" bezeichnete. Die Straßenbahnwagen wurden durch den Zement nicht behindert, weil die Weichen nicht umgestellt zu werden brauchten. Im Gutachten des Sachverständigen hieß es, daß eine Gefährdung des Transports, d. h. eine Entgleisung des Straßenbahnwagens nicht ausgeschlossen gewesen wäre, wenn die Wagen in umgekehrter Richtung hätten fahren müssen. Der Staatsanwalt beantragte darauf für jeden der Angeklagten wegen Transportgefährdung 3 Jahre Zuchthaus. Es handelt sich in diesem Falle um ein Komplott, das aus politischen Gründen, um dem Staat Schwierigkeiten zu bereiten, auf Befehl begangen worden ist. Die Rede des Naziverteidigers war nur insofern von Interesse, als er anerkannte, daß die Angeklagten aus politischen Gründen und auf Befehl gehandelt haben.

Nach fast anderthalbstündiger Beratung erschien das Gericht, um die Angeklagten darauf aufmerksam zu machen, daß sie auch aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte, nämlich dem der Nötigung, verurteilt werden könnten. Da der Verteidiger der Angeklagten nicht mehr anwesend war, wurde die Urteilsverkündung auf heute, Dienstag, vertagt.

Es hat fast den Anschein, als sollten die beiden SA.-Leute nur wegen Nötigung verurteilt werden, für die als Höchststrafe ein Jahr Gefängnis gilt, während die Streikenden, die, einerlei, ob in berechtigter oder unberechtigter Empörung, Steine gegen Straßenbahnwagen geworfen oder in die Schienen gelegt haben, zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Brand im Konfektionsviertel

Mit der Bekämpfung eines schweren Schadenfeuers war die Feuerwehr gestern abend mehrere Stunden lang im Berliner Konfektionsviertel beschäftigt. Ein Kleider- und Stofflager der Firma Baruch u. Meyer im Hause Jerusalemer Straße 18 brannte völlig aus. Der Schaden geht hoch in die Tausende. Die Firma hat ihre Räume im 1. Stockwerk des linken Seitenflügels. Etwa um 18.30 Uhr wurde in den Konfektionswerkstätten und dem angrenzenden Lager starker Feuerschein bemerkt. Kurz darauf schlugen aus den Fenstern auch schon die hellen Flammen empor. Für die darüberliegenden Konfektionsbetriebe bestand eine Zeitlang höchste Gefahr. Durch starkes Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen konnte der Brandherd jedoch um 20 Uhr eingedämmt werden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Beste Tabake sind Vorbedingung für eine gute Cigarette,

aber erst durch die Kunst der richtigen Mischung und durch hochentwickelte Fabrikations-Methoden entsteht eine

JUNO!

Ihr Name ist für Kenner ein Qualitätsbegriff und wirbt für sich allein,

sodaß auf unsachliche Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien verzichtet werden kann.

Der Juno-Raucher weiß schon, was er will!

Tumult im Felseneck-Prozeß

Polizei greift mit Knüppeln ein

Der Felseneck-Prozeß, reich an Zwischenfällen, erlebte gestern Tumultszenen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Auf Anordnung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Böhmert, mußte die Polizei eingreifen, die gegen die kommunistischen Angeklagten mit Knüppeln vorging.

Ausgangspunkt der unerhörten Vorgänge im Gerichtssaal war das Leiden des kommunistischen Angeklagten Herling. Dieser 22jährige infantile junge Mensch, äußerst elend aussehend, laboriert an einem nervösen Magenleiden, verfällt bei aufregenden Vorgängen im Gerichtssaal in Krämpfe und mußte sich in den letzten Tagen wiederholt übergeben. Er befindet sich zwar im Gefängnislazarett, die Aerzte erklären ihn für verhandlungsfähig; es liegt bei ihm keine organische Krankheit vor.

Am Montagmorgen, vor Beginn der Verhandlung, gab die Verteidigung die Erklärung ab, daß die kommunistischen Angeklagten am Sonnabend in den Hungerstreik getreten seien und in ihm zu beharren beabsichtigen, bis der Angeklagte Herling von einem Privatarzt untersucht worden sei. Das Gericht nahm die Erklärung zu Kenntnis.

Im Laufe des Vormittags mußte die Verhandlung fünfmal unterbrochen werden, weil der Angeklagte Herling sich ständig übergab. Als dies das sechste mal geschah, erklärte der Angeklagte Wenzel, er könne das nicht mit ansehen, wie sein Genosse hier zugrundegerichtet werde; er wolle an der Verhandlung nicht mehr teilnehmen. Die Angeklagten Reese und Andree erklärten sich solidarisch mit dem Angeklagten Wenzel. R.-A. Dr. Löwenthal drohte, sein Verteidigeramt niederzulegen. Das Gericht beschloß auf Antrag des Staatsanwalts Stenig, die drei Angeklagten von der Verhandlung auszuschließen und die Anordnung, sie abzuführen. Darauf erhoben sich sämtliche inhaftierten Angeklagten und folgten, trotz des wiederholten Befehls des Vorsitzenden, dazubleiben, den drei Ausgeschlossenen. Nunmehr griff auf Anordnung des Vorsitzenden die Schupo ein. Einige Schupobeamte sprangen über die Barriere und liefen den Davoneilenden in den Gang zum Untersuchungsgefängnis nach. Zu gleicher Zeit erlitt der Angeklagte Herling einen Tobsuchtsanfall. Justizwachtmeister und Schupowachtmeister stürzten sich auf ihn, hielten ihn fest und legten den noch immer wild um sich Schlagenden auf den Zeugentisch. Vom Gefängnisgang schollen unterdes Schreie der Angeklagten zum Gerichtssaal herauf, die, einer nach dem andern, zurückgebracht wurden. Als einer der Angeklagten sich noch im Gerichtssaal sträubte, schlugen Polizeibeamte auf ihn mit dem Gummiknüppel ein.

Schließlich waren wieder sämtliche Angeklagten zur Stelle. Im Saale herrschte unglaubliche Erregung. Die Angeklagten schrien und waren nicht zu beruhigen. Die Verteidiger protestierten laut gegen die Gewaltanwendung und gegen die Prügel, Landgerichtsdirektor Böhmert rief dem Rechtsanwalt Dr. Pincus zu: „Es ist eines deutschen Anwalts unwürdig, sich renitenter Angeklagter anzunehmen."

Der ganze Vorfall wurde zu Protokoll genommen. Die Angeklagten beschwerten sich über die Behandlung durch die Polizei. Die Verteidiger verlangten Ergänzung des Protokolls. Das Gericht fuhr darauf aber in der Vernehmung des Zeugen fort.

Um die neue Stadtverwaltung

Arbeit im Ausschuss beendet — Frist wird verlängert

Der Verfassungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung trat gestern zu einer eingehenden Besprechung der vom Redaktionsausschuß entworfenen neuen Fassung des Gesetzentwurfs zusammen. Zu sämtlichen Abänderungsanträgen stellten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag auf Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Demgegenüber beschloß die Mehrheit, die 20 bestehenden Bezirke beizubehalten und insofern eine Neuregelung zu schaffen, daß deren Zahl künftig durch ein einfaches Ortsgesetz nach Anhörung der beteiligten Bezirksämter verringert werden kann. Weiter wurde beschlossen, die Stadtverordneten den einzelnen Bezirksämtern zuzuteilen und die Zahl der Bezirksverordneten in der gleichen Höhe wie bisher zu belassen. Abgelehnt wurde dagegen bei Stimmenthaltung der Kommunisten mit 10 gegen 8 Stimmen der Antrag auf Beibehaltung der unbesoldeten Stadträte in den Bezirken.

Zum Schlusse lehnte der Ausschuß die Uebergangsbestimmungen nach der Fassung des Magistratsentwurfs und nach den verschiedenen Parteianträgen ab. Eine Schlußabstimmung über das ganze Gesetz wurde nicht vorgenommen und die Ueberweisung der Vorlage an die Vollversammlung der Stadtverordneten beschlossen.

*

Aus dem Rathaus wird bekannt, daß Herr Dr. Bracht jetzt geneigt sei, die Gnadenfrist, die Berlin zur Verabschiedung und Selbstgestaltung des neuen Verwaltungsgesetzes bis zum 15. November gesetzt war, bis zum 1. Dezember zu verlängern.

Gerammt!

Reichswehroffizier verunglückt

Im Berliner Westen, an der Ecke Konstanzer und der Westfälischen Straße ereignete sich gestern nachmittag ein ebenso schwerer wie eigenartiger Unfall.

Der 34 Jahre alte Reichswehroberleutnant Hans Wolfgang Schoch wurde an der Ecke mit seinem Auto von einem anderen Wagen mit großer Wucht seitlich gerammt. Der Offizier verlor dabei die Gewalt über die Steuerung, fuhr auf den Bürgersteig und das Auto prallte mit so großer Gewalt gegen eine zwei Meter hohe Mauer, daß diese in einer Länge von etwa 5 bis 6 Meter einstürzte. Das Auto wurde völlig zertrümmert und Schoch flog im hohen Bogen auf den Bürgersteig, wo er mit einem doppelten Schädelbruch bewußtlos liegen blieb. Der Verletzte wurde ins Gertrauden-Krankenhaus gebracht.

Frevelhaftes Spiel

Hohn für Erwerbslose

In Neukölln und Britz wurden in den letzten Tagen von Kommunisten Zettel mit folgendem Wortlaut verteilt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Oktober 1932 hat auf Antrag der Kommunisten 766 000 Zentner Kartoffeln von den städtischen Gütern für die Erwerbslosen bewilligt. Wollt Ihr Kartoffeln haben? Ja? Dann erscheint Montag 10 Uhr vormittag Rathaus Britz mit Kartoffelsäcken zum Abholen der Euch zustehenden Kartoffeln. Vertrauensleute der Erwerbslosen."

Selbstverständlich wissen die Urheber dieser Zettel genau, daß alle Erwerbslosen, die auf den Schwindel hereinfallen, den Weg umsonst machen. Die Winterbeihilfen, die dank sozialdemokratischer Arbeit im Rathaus auch in diesem Elendswinter den Hilfsbedürftigen gewährt werden sollen, kommen selbstverständlich nicht auf den Rathäusern zur Verteilung. Es ist ein Hohn auf die Not der Erwerbslosen, was hier von den Kommunisten getrieben wird. Aber selbst die verzweifelten Arbeitslosen haben keine Lust, erst in stundenlangen Wegen die Stiefel abzutragen und dann in Konflikt mit der Polizei zu geraten, bei dem sie doch den Kürzeren ziehen. So bestand die geplante Riesendemonstration der „Kartoffelholer" gestern in Neukölln aus ganzen hundert Mann.

Caro-Petschek

‚Abscheulichster Prozeß aller Zeiten'

Der Caro-Petschek-Prozeß, von der Oeffentlichkeit wegen des das ganze Interesse beanspruchenden Wahlen wenig oder gar nicht mehr beachtet, geht nun allmählich doch seinem Ende entgegen. Im Mittelpunkt der letzten Woche stand die große Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Professors Dr. Alsberg für seinen Klienten Caro. Professor Alsberg hat seine Rede in Fortsetzungen bereits an vier Tagen gehalten und sie am Sonnabend beendet.

Alsberg kam, nachdem Justizrat Davidsohn und Rechtsanwalt Rott sechs Tage lang für Petschek plädiert hatten, am 4. November zum erstenmal zum Wort und er begann sein Plädoyer mit folgenden charakteristischen Ausführungen. Das Amt des Anklägers ist hier unter Mißbrauch der Institution der Nebenklage in die Hand eines rachedurstigen Privatinteressenten, des Nebenklägers Dr. Petschek, gefallen. Mit einer nie erlebten Hartnäckigkeit ist hier ein Prozeß wegen einer Lappalie in Szene gesetzt worden, der einen Rekord an Abscheulichkeit darstellt. Muß nicht jedem von uns, der nicht in diesem Saal das übrige Weltgeschehen aus den Augen verloren hat, angesichts dieser beschämenden Tatsache ein würgendes Gefühl im Hals aufsteigen? Gibt es einen erschütternderen Kontrast, als den zwischen den Sorgen des Herrn Petschek und den Sorgen und Nöten, die außerhalb dieses Gerichtssaals die heutige Menschheit bewegen? Selbst, wenn Geheimrat Caro so schuldig wäre, wie er in Wahrheit unschuldig ist, wäre dieser Kampf des Schwiegersohns gegen den Schwiegervater mit dem „erhabenen" Ziel, den Großvater der eigenen Kinder vor der Welt als zuchthauswürdigen Verbrecher hinzustellen, einer der abscheulichsten Prozesse aller Zeiten.

Im weiteren Verlauf seines Plädoyers gab Professor Dr. Alsberg ein Bild von dem Verhältnis der eigentlichen Gegner in diesem Streit, des Geheimrats Caro und des Herrn Ignaz Petschek. Es sei Herrn Caro als so merkwürdig vorgehalten worden, daß er in diesem Prozeß mit seinem Beweismaterial, mit der Quittung, nicht herausgerückt sei. Es sei vollkommen begreiflich, daß Caro sein Ziel darin sah, seinen alten Freund Ignaz Petschek, der ihm nun so übel mitspielte, erst einmal vor dem Richter die Hand hochheben zu sehen, um ihm zuzurufen: Halt, schwöre nicht, ich will dich nicht meineidig werden lassen. Sein ganzes Verhalten sei aus einem von ihm hier gebrauchten Wort zu erklären: Er wollte sehen, wie weit Ignaz Petschek gehe.

Olympiade-Weckruf

Berlin rüstet

In einer Pressekonferenz machten gestern Oberbürgermeister Dr. Sahm, der städtische Olympiakommissar Obermagistratsrat Dr. Liebrecht, der Vorsitzende des Reichsausschusses für Leibesübungen Exellenz Lewald und Generalsekretär Diem Mitteilungen über die Vorbereitungen zur Organisation der Olympiade im Jahre 1936.

Der Oberbürgermeister wies auf die Tatsache hin, daß im nächsten Jahr die große Ausstellung der landwirtschaftlichen Gesellschaft wieder in Berlin stattfindet. Berlin sei das Herz Deutschlands, von dem aus Lebensmut in alle deutschen Gaue strömen solle. Der Weckruf für die Berliner Olympiade im Jahre 1936 habe in allen Kreisen außerordentlichen Widerhall gefunden, und Berlin könne sich dieser großen Aufgabe nicht entziehen, auch schon aus dem Grunde nicht, weil die Durchführung der Olympiade in Berlin einen gewaltigen Aufschwung für die Reichshauptstadt verspreche. Auf die Frage der Finanzierung eingehend, erklärt Dr. Sahm, daß Mittel in nennenswertem Umfange bisher nicht vorhanden seien, daß aber die Reichs- und Staatsbehörden an der Lösung dieses Problems sicherlich mithelfen würden. Die Bedeutung der olympischen Spiele sei außerordentlich groß, denn zum ersten Male seit dem Weltkrieg werde Deutschland im Jahre 1936 Gelegenheit haben, der Welt seine Leistungen nicht nur auf dem Gebiete des Sports, sondern auch auf künstlerischem und kulturellem Gebiete zu zeigen.

Obermagistratsrat Liebrecht, der Olympiakommissar für Berlin, betonte, daß es zur Aufgabe der Stadt gehöre, die Zugangsstraßen zum Stadion auszubauen, außerdem sollen in unmittelbarer Nähe des Stadions Parkplätze für 3000 Automobile geschaffen werden und im Einvernehmen mit dem Verkehrsamt sollen die städtischen Verkehrsmittel so ausgebaut werden, daß sie täglich hunderttausend Besucher ohne Schwierigkeiten zum Stadion hinschaffen können.

In wenig Worten

Die 12. Große Strafkammer beim Landgericht III verurteilte den seit 30 Jahren im Postdienst stehenden Briefträger Ibsch, der eine Anzahl Einschreibebriefe auf Postamt W. 50 beiseitegebracht und den Inhalt zu sich genommen hatte, wegen schwerer Amtsunterschlagung zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

*

Die Gemeinde Ferch hat bei der Potsdamer Regierung einen Antrag auf Erhaltung des Landschaftsbildes am Schwielowsee gestellt. Die Gemeinde verlangt, daß die landschaftlich besonders schöne Gegend bei Ferch als reines Wohngebiet erklärt wird, Gaststätten und Klubhäuser sollen dort nicht mehr errichtet werden.

*

Auf einer englischen Kohlengrube in Ushaw Moor (Grafschaft Durham) ereignete sich eine Explosion. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Bisher wurden zwei Tote geborgen.

*

In Saßnitz wurde eine größere Baufirma eingeäschert. Zahlreiche Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Der Schaden beläuft sich auf etwa 200 000 Mark.

*

Der holländische 15 000-Tonnen-Dampfer „P. C. Hooft" wurde im Hafen von Amsterdam durch Feuer fast völlig zerstört. Der Brand entstand, während das von einer Ostindienreise zurückgekehrte Schiff zur Vertilgung von Ratten mit Blausäure vergast wurde.

Das mißhandelte Kind

500 Mark Belohnung ausgesetzt

Das Verbrechen an der sechsjährigen Rosemarie Boddin aus der Lortzingstraße ist trotz aller Bemühungen der Mordkommission noch immer ungeklärt geblieben. Der Polizeipräsident hat jetzt die bereits vor zwei Tagen angekündigte Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Besonders an das Publikum geht die Bitte der Polizei, an der Aufklärung des scheußlichen Verbrechens mitzuhelfen. Alle Angaben, mögen sie noch so belanglos erscheinen, können für die Polizei sehr wertvolle Fingerzeige enthalten.

Eine Reihe von verdächtigen Personen ist bereits vernommen worden. Kriminalkommissar Zapke, der mit dem Fall betraut ist, ist mit seinen Beamten schon vielen Spuren nachgegangen, ohne bisher zu einem Resultat zu kommen. Erfreulicherweise hat sich der Zustand der schwerverletzten Kleinen in den letzten beiden Tagen soweit gebessert, daß direkte Lebensgefahr nicht mehr besteht. Sollten heute die Aerzte des Lazaruskrankenhauses einer kriminalpolizeilichen Vernehmung des Kindes zustimmen, dürfte man zweifellos ein gutes Stück weiter kommen.

*

Durch die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten ist am Belle-Alliance-Platz eine üble Affäre aufgedeckt worden, in deren Verfolgung fünf Männer verhaftet wurden, die sich an Knaben unter 14 Jahren vergangen hatten. Die Betreffenden stehen im Alter von 33—45 Jahren und sind ein Bäcker, ein Kunsthändler, ein Pressephotograph, ein Kaufmann und ein Buchhalter. Die Festgenommenen wurden bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der sofort Haftbefehl gegen sie erließ.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Teils heiter, teils etwas wolkig, nachts Frost, nachlassender Wind um Süd. — **In Deutschland:** In Ostdeutschland mäßiger Frost, in West- und Süddeutschland nachts leichter Frost, sonst überall teils heiter, teils etwas wolkig bei nachlassenden südöstlichen Winden.

Der „Sturmvogel", Flugverband der Werktätigen E. V., veranstaltet Dienstag, 15. November, 20 Uhr, durch seinen Gauleiter, Kamerad Erbrecht in der Aula der Zinnowwald-Schule in Zehlendorf-Mitte einen Werbelichtbildervortrag über „Segelflug". In Anschluß daran soll auch in Zehlendorf eine Ortsgruppe des „Sturmvogels" gegründet werden.

Achtung!

Infolge Lokalschwierigkeiten beginnt der

Außerordentliche Bezirksparteitag

am Sonnabend, dem 26. November, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, **bereits um 16 Uhr** (4 Uhr), da uns der Saal am Sonntag, dem 27. November, nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Bezirksvorstand.

Millionen Hausfrauen kochen MAGGI's Suppen, weil sie wissen, daß sie gut und billig sind

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Jugendweihen des Frühjahrs

Anmeldungen müssen sofort vorgenommen werden

Die Anmeldungen für die Frühjahrsjugendweihen 1933 bitten wir, unter Zahlung der Einschreibegebühr von 50 Pf. sofort bei den nachstehend aufgeführten Anmeldestellen vorzunehmen:

Abkürzung: V.-Sp. = Vorwärts-Spedition.

Verwaltungsbezirk Mitte: E. Lehmann, N. 54, Ackerstraße 174 (V.-Sp.). — Metallarbeiterverband, C. 25, Elsässer Str. 86—88, Zimmer 20, geöffnet 9—16 Uhr, Freitags bis 19 Uhr, Sonnabends bis 13 Uhr. — Freigewerkschaftliche Jugendzentrale, SO. 16, Engelufer 24/25, 2. Stock, Zimmer 26 (geöffnet 9 bis 17 Uhr, Freitags bis 19 Uhr, Sonnabends bis 13 Uhr). — Wollstein, C. 13, Prinzenstraße 63 (V.-Sp.). — P. Dobroslaw, N. 37, Swinemünder Straße 11, Restaurant. — **Tiergarten:** S. Joseph, NW. 21, Wilhelmshavener Str. 48 (V.-Sp.).

Wedding: P. Krause, N. 65, Müller- Ecke Utrechter Straße (V.-Sp.). — P. Kroll, N. 65, Utrechter Str. 21 (Restaurant). — K. Anderson, N. 31, Stralsunder Str. 19 (Schuhmacherei). — B. Hönisch, N. 31, Wattstr. 9 (V.-Sp.). — H. Fischer, N. 20, Bastianstr. 7 (V.-Sp.).

Prenzlauer Berg: W. Hoffmann, N. 58, Lychener Str. 8 (Restaurant). — P. Dölz, NO. 55, Immanuelkirchstr. 24 (V.-Sp.). — E. Gerth, N. 113, Greifenhagener Str. 22 (V.-Sp.).

Friedrichshain: F. Arndt, O. 17, Markusstr. 56 (V.-Sp.). — M. Wartmann, O. 34, Königsberger Str. 37 (Photoladen, Eingang Hausflur). — K. Meiße, O. 34, Petersburger Platz 4 (V.-Sp.). — L. Blitschuk, O. 34, Petersburger Str. 5 (Restaurant).

Kreuzberg: G. H. Schmidt, SW. 61, Baerwaldstraße, an der Gneisenaustraße (V.-Sp.). — Urban, SO. 36, Lausitzer Platz 14/15 (V.-Sp.). — P. Lier, SO. 36, Naunynstr. 9 (Restaurant). — D. Freidenker-Verband E. V., SW. 29, Gneisenaustr. 41, Hof III, 1. Stock (geöffnet 8 bis 16 Uhr). — Sekretariat der Jugendweihen der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften Berlins, SW. 68, Lindenstr. 2, vorn 1 Tr. (geöffnet 9 bis 17 Uhr, Mittwochs und Freitags 9 bis 19 Uhr, Sonnabends 9 bis 13 Uhr).

Charlottenburg: Charlottenburg, Gesenheimer Str. 1, part. (V.-Sp.). — Frau Joachimie, Charlottenburg, Kaiserdamm 95, Eingang Rognitzstraße (V.-Sp.), 14 bis 18 Uhr. — F. Bunge, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, v. IV. —

Spandau: „Volksblatt"-Buchhandlung, Spandau, Potsdamer Straße. — Sämtliche Konsum-Lebensmittelabgabestellen in Spandau: H. Blah, Spandau, Hoppenrader Weg 27; A. Goldmann, Siemensstadt, Haselsteig 7; M. Böhm, Haselhorst, Daumstraße; K. Schoppan, Staaken, Torweg, fr. Delbrückstr. 24; Kraeck, Falkensee, Kruppstraße 8; E. Eckert, Brieselang, Birkenallee 13; Gebig (Frische), Ketzin a. d. H. — **Wilmersdorf:** Frau Ungerer, Wilmersdorf, Hanauer Str. 48, Siedlung. — **Zehlendorf:** Keine Anmeldestelle! Anmeldung in Schöneberg oder Wilmersdorf. — **Schöneberg:** Rothmann, Schöneberg, Belziger Str. 27 (V.-Sp.). — Frau Klawitter, Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 7. — S. Schaudt, Friedenau, Bachestraße 9. — **Steglitz:** F. Hambur, Steglitz, Schloßstr. 101. — Wilh. Studia, Steglitz, Kleiststr. 7, Gartenhaus III. — K. Schönwetter, Lichterfelde, Feldmarks Wilhelmstr. 29. — Konsum Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 43.

Tempelhof: Für Tempelhof: Max Giese, Stolbergstr. 9. — Rich. Hiße, Malteserstr. 11. — Für Mariendorf: August Tibor, Kaiserstr. 33, I. — Paul Rathmann, Lourweg 24. — Für Marienfelde: Fritz Greulich, Adolfstr. 33. — Für Lichtenrade: Kurt Sandtehl, Uhlandstr. 83.

Neukölln: V.-Sp. Neukölln, Siegfriedstr. 28/29, 14 bis 18 Uhr. — V.-Sp. Neukölln, Neckarstr. 3, 14 bis 18 Uhr. — Parteibüro Neukölln, Juliusstraße (Ideal-Passage), Aufgang V, 17 bis 19 Uhr. — A. Schwarz, Britz, Großsiedlung, Pintschstr. 58. — **Treptow:** E. Meckelburg, Treptow, Graetzstraße 30 (V.-Sp.). — A. Baber, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 17 (Zigarrengeschäft). — Richard Remka, Adlershof, Sedanstr. 27, I. — Alfred Nürich, Adlershof, Posadowskystraße 3—6.

Köpenick: C. Willam, Alte Dahlwitzer Str. 73. — Karl Krohn, Parisiusstr. 23. — R. Kröder, Bahnhofstr. 16. — W. Silberschmidt, Eschenstr. 8. — F. Burmik, Kiezer Str. 6 (Laden). — R. Eckart, Straße im Wald 22. — Fr. Klein, Grünau, Friedrichstr. 12. — Carl Pahl, Grünau, Jägerstraße 18, bei Kuhrt. — Helmann, Bohnsdorf, Waltersdorfer Str. 100 (Restaurant). — O. Braul, Bohnsdorf, Paradiesstr. 5. — O. Engel, Friedrichshagen, Lockeistr. 5. — Felix Triebel, Friedrichshagen, Friedrichstr. 81. — G. Fahrenthols, Friedrichshagen, Kirchstr. 28. — F. Schade, Rahnsdorf, Mühlenweg 5.

Lichtenberg: Rektor Sänger, Schule Friedrichstraße. — Rektor Priebe, Lichtenberger Schule, Marktstraße. — Rektor Endow, Schule Leopoldstraße. — Rektor Lenz, Schule Scharnweberstraße. — Rektor Schlicker, Pfarrstraße. — R. Rakewitz, O. 112, Gärtnerstr. 6.

Weißensee: Walter Janeß, Parkstr. 15. — Otto Gallas, Lehderstr. 122. — Anton Wiese, Lehderstr. 2. — Adolf Brandt, Parkstr. 88 (8. Schule). — Len, Sedanstr. 90. — Otto Kufahl, Amalienstr. 20. — Andreas Heinel, Gäblerstraße 7. — Georg Matthes, Pistoriusstr. 102. — Marquardt, Hohenschönhausen, Berliner Str. 85 (Restaurant).

Pankow: Konsumverkaufsstellen in Pankow: Wollankstraße 107, Berliner Str. 47, Breite Str. 16, Kissingenstraße, Brehmestraße, Trelleborger Straße, Schiermannstraße. — Konsumverkaufsstellen in Niederschönhausen: Kaiser-Wilhelm-Str. 79, Kaiserweg 60. — B. Pankegrau, Buchholz, Bahnhofstraße 15.

Reinickendorf: Schönewert (für Reinickendorf-Ost und Rosenthal), Provinzstr. 48 (Restaurant). — Volkshaus (für Reinickendorf-West und Wittenau), Scharnweberstr. 114. — Ternow, Tegel, Schlieper- Ecke Treskowstraße (für Tegel, Borsigwalde, Heiligensee). — Außerdem nehmen alle Hauskassierer des „Deutschen Freidenker-Verbandes E. V." Anmeldungen für die Jugendweihen entgegen.

Doppelmord!

Wohnhaus in Brand gesteckt

Neustettin, 14. November.

Am Sonntagmorgen entstand auf dem Grundstück des Landwirts Jahnke in Trocken-Glienke ein Brand, der die Scheune und den Viehstall mit allem Inventar vernichtete. Als die herbeigeeilten Feuerwehrleute in das inzwischen ebenfalls in Brand geratene Wohnhaus eindrangen, fanden sie im Schlafzimmer die beiden Eheleute in ihren Betten verbrannt auf. Das Zimmer selbst war ein Bild der Verwüstung. Die Schränke waren aufgerissen und der Inhalt lag verstreut im Zimmer umher. Die Eheleute sind aller Wahrscheinlichkeit nach von Einbrechern in ihren Betten mit einem Beil erschlagen worden. Um dann einen Brand vorzutäuschen, haben die Täter in allen Räumen Brandherde gelegt. Die Kriminalpolizei aus Köslin hat sofort die Untersuchung eingeleitet.

Schwarz-weiß-rote Hunde

Alljährlich zieht an einem Sonntagvormittag der Verein der Bernhardinerzüchter zu propagandistischen Zwecken durch die Straßen des Berliner Westens. Da trotten solch ein paar gutmütig dreinblickende, braungefleckte Tölen gesenkten Hauptes an der Hand ihrer Besitzer daher und werben um Aufmerksamkeit und Beitritt in den Verein. Das ist soweit ein Privatvergnügen der Leute, die sich diese kostspieligen Hunde leisten können. In diesem Jahr jedoch haben sich die Bernhardinerhundeseelen plötzlich veranlaßt gefühlt, auch ein bißchen in Politik zu machen. Sie gehen eben mit der Zeit und haben erkannt, das nur, was „deutschen" Ursprungs ist, unbedingt auf Erfolg zu hoffen hat und so haben sie sich einen Vers zurechtgemacht, der ungefähr so lautet: „Wir tragen die schwarzweißroten Farben, wir tragen das schwarzweißrote Band, drum werden wir vor allem der deutsche Hund genannt!" So und nicht anders! Der alte Spruch mit dem „auf den Hund kommen" soll wohl ad absurdum geführt werden. Zum Entfalten der fehlenden Begeisterung für die Farben einer vergangenen Zeit müssen selbst die feudalen Köter herhalten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

5. Kreis. Mittwoch, 16. November (Bußtag), im Saalbau Friedrichshain, Bußtagskonzert. Mitwirkende: Männerchor Friedrichshain, Eltern- und Kinderchor der weltlichen Schule Danziger Straße, Neuköllner Musikvereinigung 1912. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 20 Pf. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern und Abteilungskassierern zu haben. Die Abteilungsleiter rechnen heute in der Kreisvorstandssitzung ab.

6. Kreis. Heute, 16 Uhr, an bekannter Stelle, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder. Vortragender: Theo Maret.

12. Kreis. Donnerstag, 17. November, 15½ Uhr, in der Schule Steglitz, Friesenstraße, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder. Vortragender: Puggi Muck.

18. Kreis. Donnerstag, 17. November, 17 Uhr, in der Aula des Lyzeums Pistorius- Ecke Parkstraße, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder. Vortragender: Genosse Klewitz.

20. Kreis. Donnerstag, 17. November, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: Reinickendorf-Ost: 15 Uhr Schule Hoppestraße. Mitwirkung der Freien Turnerschaft Reinickendorf. Reinickendorf-West: 16 Uhr Außenspielplatz. Vortragende: Stella Han. Wittenau: 16½ Uhr im Jugendheim Neue Schule. Vortragender: Toni Bäckel. Tegel: 15 Uhr im Jugendheim Schöneberger Str. 3. Vortragender: Genosse Klewitz.

7. Abt. Die Bezirksführer holen umgehend die Monatsschrift „Unser Weg" ab und bringen sie zur Verteilung.

22. Abt. Donnerstag, 17. Oktober, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder bei Bartsch, Föhrer Ecke Fehmarnstraße. „Was brachten uns die Wahlen?" Referent Heinz Löwi.

23. Abt. Mittwoch, 16. Oktober, 20 Uhr, treffen sich die jüngeren Parteimitglieder bei Grimmwold, Ramlerstr. Str. 19, zu einem geselligen Abend.

35. Abt. Mittwoch, 16. November, Wanderung der jüngeren Parteimitglieder. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Weißensee. Rückkehr zwischen 17 und 18 Uhr.

53. Abt. Die Bezirksführer rechnen noch heute die Bußtagsbilletts mit dem Abteilungskassierer ab.

77. Abt. Donnerstag, 17. November, Zusammenkunft aller Mitglieder der 7. und 127. Abgabestelle der Konsumgenossenschaft bei Raschke, Matternstraße 14, zu einer kurzen Besprechung.

81. Abt. Heute, 20 Uhr, Elternversammlung der Kinderfreunde und Parteigenossen in der Schule Offenbacher Str. 5a. „Erziehung in Schule, Familie und Organisation." — Freitag, 18. November, 20 Uhr, bei Klabe, Handjerystraße 60—61, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder. „Grundprobleme des Marxismus". Referent Genosse Gurewitsch.

82. Abt. Die Mitgliederversammlung findet nicht am 16., sondern erst am 23. November statt. Ferner wird um Rückgabe der leihweise herausgegebenen Parteifahnen gebeten. Die Ablieferung soll bis zum 23. November beendet sein und bei Schellhase, Ahornstr. 13a, erfolgen.

95a. Abt. Mittwoch, 16. November, gehen die jüngeren Parteimitglieder zusammen mit den Kinderfreunden und der SAJ. auf Fahrt. Treffpunkt 6.30 Uhr am Buschkrug.

108a. Abt. Donnerstag, 17. November, veranstaltet die hiesige Zahlgruppe des Deutschen Freidenker-Verbandes von 20 bis 20½ Uhr im Lokal Jungklaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 5, einen Kirchenaustrittsabend. Gesetzliche Notariatsgebühr 2 M. Legitimation ist mitzubringen. — Freitag, 18. November, Sitzung aller Funktionäre bei Schulz, Bahnhofstr. 14.

109. Abt. Mittwoch, 16. November, pünktlich 10½ Uhr, im Lokal Fahrentholz, Wilhelm- Ecke Kirchstraße. Treffen zur gemeinsamen Flugblattverbreitung.

Frauenveranstaltungen:

4. Kreis. Die Arbeitsgemeinschaft muß umständehalber in dieser Woche ausfallen. In der nächsten Woche wieder an bekannter Stelle.

15. Abt. Wegen der Vorständekonferenz am 17. November findet unsere Funktionärinnensitzung erst am Montag, 21. November, statt.

122a. Abt. Heute, 20 Uhr, Frauenabend bei Döring, Köpenicker Str. 189—191. „Unsere Vorkämpfer", Referent August Riemann.

138. Abt. Freitag, 18. November, an bekannter Stelle, Frauenabend. „Aus unserer Bewegung." Referent wird im Frauenabend bekanntgegeben.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Dienstag, 15. November, 20 Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62, wichtige Helfersitzung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Mitte: Der Treffpunkt zur Helferfahrt heute 17 Uhr Stettiner Bahnhof.

Tiergarten, Abt. August Bebel: Restfalken Bußtag Treffahrt. Abmarsch 9 Uhr Falkenplatz. 25 Pf. Fahrgeld.

Tempelhof: Mittwoch sind wir von 15 bis 18 Uhr im Jugendheim Götzstraße.

Mariendorf: Die Jungfalken kommen am Freitag zusammen. Morgen Schnitzeljagd. Treffen für Mariendorfer Falken um 7½ Uhr Bahnhof Mariendorf, die Marienfelder Falken treffen sich 7½ Uhr an der Kaiserallee Ecke Berliner Straße. 30 Pf. mitbringen.

Neukölln, Elternobleute: Heute, Dienstag, Sitzung der Elternobleute aller Gruppen um 20 Uhr im Kreisheim Ganghoferstraße. Jungfalken: Alle Jungfalkengruppen beteiligen sich heute, Dienstag, um 17½ Uhr, an der Vollversammlung des Kreises im Heim Kanner Straße.

Lichtenberg, Abt. Mahlsdorf: Morgen Schnitzeljagd nach dem Rahnsdorfer Forst. Treffpunkt 8½ Uhr Bahnhof Mahlsdorf.

Friedenau: Heute, Dienstag, 20 Uhr, Elternversammlung, Offenbacher Straße. Thema: „Erziehung in Schule, Familie und Organisation".

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Unser Genosse Johann Jenkowski ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Beerdigung Dienstag, 15. November, 14½ Uhr, auf dem Hedwig- und St.-Pius-Friedhof, Hohenschönhausen, Berliner Allee.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter! Reicht umgehend das Dezember-Programm und den Berichtsbogen ein.

Proletarisches Orchester der SAJ.: Morgen, Mittwoch, 14 Uhr, Probe im Heim Lindenstr. 4. — **Großer Bunter Abend** Sonnabend, 19. November, im „Gesellschaftshaus", Pankow, Berliner Str. 102. Beginn 19 Uhr. Eintritt 30 Pf. Karten sind im Sekretariat erhältlich.

Heute, Dienstag, 20 Uhr.

Arkonaplatz: Elisabethkirchstr. 19: Glaßbrenner-Abend. — **Gewerkschaftshaus:** Köpenicker Str. 92: Satirischer Reichstag. — **Rosenthaler Vorstadt:** Liederabend. — **Zentrum:** Weisestr. 18: Vortragsabend. — **Brunnenplatz:** Weltliche Schule, Bank- Ecke Wiesenstraße: „Entstehung der NSDAP. und ihr Programm". — **Gesundbrunnen** 1: Gotenburger Str. 8: „Wozu ein Staat?" — **Gesundbrunnen:** Koloniestr. 22: „Was unternimmt der Staat gegen die Arbeitslosigkeit?" — **Norden:** Putbusser Str. 23: Sowjetrußland". — **Schillerpark:** Schöningstr. 17: „Sexuelle Fragen", 1. Teil. — **Humboldthain:** Treffpunkt zur Fahrt nach Uetzdorf 19½ Uhr Bhf. Gesundbrunnen. — **Wedding:** Willdenowstraße 5: „Was ist Marxismus?" — **Wedding-Nord:** Turiner Ecke Seestraße: „Die Ziele der Arbeiterorganisationen und Grad ihrer Verwirklichung". — **Arnimplatz:** Sonnenburger Str. 20: Lustiger Abend. — **Arnswalder Platz** 1: Schönfanter Str. 11, B. 3: „Politische und staatsrechtliche Stellung der Frau". — **Balten:** Mandelstr. 9: „Warum freie Gewerkschaften?" — **Helmholtzplatz:** Kastanienallee 81: Heimabend. — **Nordost** 1: Fahrt fällt heute aus. Morgen Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Weißensee. — **Weißensee:** Caseler Str. 2: Heimabend. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 107: „Der Krieg in Latein-Amerika". — **Hasenheide:** Wasserturmstr. 4: Tagespolitische Fragen. — **Köpenicker Viertel:** Manteuffelstr. 7: „Sexuelle Fragen", 2. Teil. — **Reichenberger Viertel:** Reichenberger Str. 67 (Feuerwehr): „Der moderne Krieg". — **Südwest:** Lindenstr. 4: 10-Minuten-Referate. Morgen Treffpunkt zur Fahrt 7½ Uhr Belle-Alliance-Platz. — **Friedenau:** Offenbacher Str. 5a: Lustiger Abend. — **Schöneberg I:** Hauptstr. 15: „Was brachte uns der 9. November 1918?" — **Schöneberg II:** ... — **Schöneberg III:** Hauptstr. 15: Bunter Abend. — **Charlottenburg:** Rosinenstr. 4: „Das Kommunistische Manifest". — **Charlottenburg-Nord:** Kaiserin-Augusta-Allee 67b: „Bursche und Mädel in der SAJ." — **Eichkamp:** 19½ Uhr beim Genossen Haase, Im Hornisgrund: Abend ohne Programm. — **Westend:** Sportplatz Westend: Tagespolitik. — **Steglitz** 1: Spielabend mit anschl. Nachtspaziergang. — **Zehlendorf-Dahlem:** Zinnowwaldschule, Schlieffen- Ecke Boelckestraße: „Italien" (Leiterin: Gerda Lankes). — **Lichtenrade:** Dorfstr. 36: Schallplattenabend. — **Britz:** Hannemannstr. 41: „Was ist Kapital?" — **Neukölln I:** Sander- Ecke Hobrechtstraße: „Demokratie oder Diktatur", I. — **Neukölln III:** Fahrt nach Kremmen. Treffpunkt 19 Uhr Konsumecke. — **Neukölln IV:** Kanner Straße: Heimabend. — **Neukölln VIII:** Rütlistraße: „Was unternimmt die Arbeiterklasse?" — **Neukölln IX:** Schule Mariendorfer Weg: „Leben wir unter dem Faschismus?" — **Neukölln XI:** Flughafenstr. 69: Arbeitsgemeinschaft. — **Schöneweide I:** Berliner Str. 31: „Film und Theater". — **Treptow:** Elsenstr. 2: „Ketzereien am Wochenanfang", anschl. Fahrt. — **Köpenick I:** Grünauer Str. 5: Volkstanzabend. — **Köpenick II:** Dahlwitzer Straße 15: „Folgen der Reichstagswahl". — **Lichtenberg-Nordwest:** Dossestr. 22: „Einführung in die Weltwirtschaft", 1. Teil. — **Hermsdorf:** Kronstraße: 1000 Worte Hitler. — **Lübars:** Schulbaracke: Arbeitsgemeinschaft. — **Reinickendorf-Ost:** Lindauer Straße: „Tagespolitik". — **Tegel:** Besuch des Elternabends „Freie Sportvereinigung" im „Strandschloß". — **Wittenau:** Hauptstr. 18, Neue Schule: „2. und 3. Internationale". — **Niederschönhausen:** Lindenstr. 47: Brett- und Gesellschaftsspiele. — **Buchholz:** Berliner Str. 19: 10-Minuten-Referate. — **Pankow** 1: Görschstr. 14: „Was wird nun?"

Werbebezirk Prenzlauer Berg. „Rote Notte": Fahrt nach Brieselang. Treffpunkt 19 Uhr Bhf. Prenzlauer Allee. — Donnerstag Vorstandssitzung.

Morgen, Mittwoch.

Falkplatz 1: Schnipselfahrt durch den Krämer. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — **Baltenplatz:** Wanderung durch Alt-Berlin. Treffpunkt 13½ Uhr Weberwiese (Normaluhr). — **Lichtenberg-Mitte:** Schnipselfahrt. Treffpunkt 7 Uhr Stralau-Rummelsburg. 19½ Uhr Heimabend. — **Mahlsdorf:** Geländespiel.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 15. November, um 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Osthafen:** Jugendheim Goßlerstr. 61. „Warum muß ich organisiert sein?" — **Steglitz:** Jugendheim Flemmingstr. 14b. „Arbeitsdienstpflicht — freiwilliger Arbeitsdienst." — **Moabit:** Jugendheim Bremer Str. 69—70. Wir sind unter uns. — **Spandau-Wilhelmstadt:** Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. „Die Stellung der Frau im Recht." — **Pankow:** Jugendheim Kissingenstraße 48, Zimmer 5. „Streik in der Krise." — **Treptow:** Jugendheim Elsenstraße 3 (am Bhf. Treptow). „9. November 1918 und heute." — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Litauer Str. 18. „Die Weber." — **Landsberger Platz:** Jugendheim Distelmeyerstr. 5. Diskussion über Tages- und Gewerkschaftspresse. — **Lichtenberg:** Jugendheim Dossestr. 22. „Rund um den Zwickel." — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Wir lesen von Polarforschern. — **Oberschöneweide:** Jugendheim Karlshorst, Treskowallee 44 (Kantschule). Bunter Abend. — **Arkonaplatz:** Jugendheim Schule Elisabethkirchstr. 19. „Was ist und was will der Sozialismus?" — **Schöneweide:** Jugendheim Haßelwerderstraße, Mädchenschule im Keller. „Freundschaft — Kameradschaft — Liebe." — **Adlershof:** Jugendheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Werbeabend.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Deutschland vor 1918", Referent: Bernstein. — **Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Arbeitsgemeinschaft: „Ein Streifzug durch das Gebiet der Malerei", Leiter: Rudi Bär. — **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Ein Abend mit Schallplatten. — Die **Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G.** tagt ausnahmsweise heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Hedemannstr. 12.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Kameradschaft Baumschulenweg, Afk.-Hof: Am Sonntag, 13. November, verstarb plötzlich unser Kamerad, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Lichtenberg. Die Kameradschaft wird sich geschlossen an der Trauerfeierlichkeit beteiligen. Nähere Anweisung erfolgt noch. — **Wassersportabteilung, Zug Tegel:** Mittwoch, 16. November, Wanderung nach Finow-Schleuse. 10 Uhr Endhaltestelle Heiligensee oder 13 Uhr Bhf. Borgsdorf.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.

9. Bezirk: Mittwoch, 16. November, 10 Uhr, Gesamtprobe für alle Männerchöre in der Aula der Albrecht-Dürer-Schule in Neukölln, Emser Str. 184—187, am Bahnhof Neukölln. — Sonnabend, 19. November, 19 Uhr, Gesamtprobe für die Gemischten Chöre des Bezirks in Köpenick im Stadttheater, Friedrichstr. 1. — **Berliner Lehrer-Chor:** Die Chorübungsstunde findet ausnahmsweise anstatt Dienstag am Freitag, 18. November, 19½ Uhr, statt. — **Männerchor Friedrichshain:** Achtung! Heute, Dienstag, 19½ Uhr, Probe mit Orchester im Brauerei-Ausschank Schultheiß-Patzenhofer, Landsberger Allee, am Mittwoch (Bußtag), 10 Uhr, Generalprobe im Saalbau Friedrichshain. Erscheinen aller Sangesbrüder Pflicht.

Polizei-Sportverein Berlin e. V., Abt. Einheitskurzschrift. Regelmäßige Uebungsabende an allen Wochentagen, außer Sonnabends, von 19½ bis 21½ Uhr im Polizei-Schulgebäude, Hannoversche Str. 28—30, 2. Stock, Zimmer 10. Anfänger, Fortbildungs- und Redeschriftkurse. Auch für Zivile. Auskunft erteilt Erich Zwickert, Berlin-Neukölln, Pannierstr. 18.

Verein Freie Sammler Berlin. Dienstag, 15. November, 19½ Uhr, im Lokal Schumacher, Wallstr. 32—33 (Nähe Spittelmarkt), Tauschabend. Gesinnungsfreunde stets willkommen.

English Circle Perseverance. Heute, 21 Uhr, im Bräu-Stübl, Neue Kleine Hütte, N. 65, Müllerstr. 176, am Weddingplatz, englische Vorträge und Diskussion.

Longfellow English Debating-Club, Bülowstr. 104. Heute, 20½ Uhr, spricht Mr. William Walter Mann über „V. Sackville-West". Gäste willkommen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin — 1892. Geschäftsstelle: S. 14, Prinzenstr. 61. Mittwoch, 16. November (Bußtag), 19 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, Wohltätigkeitsveranstaltung. Lichtbilder- und Demonstrationsvortrag: „Das Wunderelement Radium". Nachdem: Geschäftliche Mitteilungen, Aufnahme neuer Mitglieder, Weihnachtsfeier, gemütliches Beisammensein. Landsleute, Gäste, Plattdeutsche — Damen und Herren — sind sehr willkommen.

Deutscher Alpenverein Berlin e. V. 17. November, 21 Uhr, in der Aula des Falk-Realgymnasiums, Berlin, Lützowstr. 84a, Vortrag: „Das sächsische Felsengebirge als Klettergebiet" mit Lichtbildern. Gäste willkommen! Eintritt frei!

Mein lieber Mann, unser guter unvergeßlicher Vater, Schwiegervater und Großvater

Hermann Müller

hat nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 64 Jahren für immer von uns Abschied genommen.

Karoline Müller geb. Berkemeyer
Lina Wegner geb. Müller
Kurt Wegner
Hermann Wegner

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 18. November, 17 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am 12. November verstarb nach schwerer Operation mein lieber Gatte, unser Vater

Heinrich Tobehn

im 37. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen
Martha Tobehn geb. Stübing und Kinder.

Beerdigung Donnerstag, den 17. November, nachm. 1½ Uhr, große Kapelle, Stahnsdorf-Südwest.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater, der Schlosser

Franz Hoppe

im 63. Lebensjahre nach längerer Krankheit am 13. November sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
Klara und Willi Hoppe
Familie Karl Hoppe
Familie Franz Hoppe
Waldemar Hoppe und Frau
Emil Hoppe und Frau
Adolf Richter.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 17. November, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer geliebten Mutter, sagen wir allen Verwandten, lieben Freunden und Bekannten, dem Wirt und den Mietern des Hauses Streustraße 14, dem Gartenbauverein Schönstraße, Kollegen und Pensionären der A. G. B. sowie dem Herrn Redner unseren aufrichtigsten Dank.

Ernst Heinzel
und Kinder.

Schöne Kränze
liefert preiswert
Blumen-Meier
Prenzlauer Allee 222
Tel. Humboldt 0652

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!!**

Noch ein Wahlstreik der KPD.

Die Arbeiter werden zu Wahlzwecken geopfert

Aus Selb in Bayern wird uns geschrieben:

Die kommunistische RGO. im trauten Verein mit den Nazis entfachte am Freitag, dem 28. Oktober, bei der Firma Krautheim u. Adelberg in Selb einen wilden Streik. Der Streik wurde zum Zwecke kommunistischer und nazistischer Wahlpropaganda unter folgendem Vorwande vom Zaun gebrochen:

Die Firma vermehrte die Belegschaft um 15 Proz. und schlug einen Lohnabzug für die 31. bis 40. Stunde von 27 bzw. 30 Proz. an.

Dies ließen sich die RGO. und Nazis ruhig gefallen.

Die freien Gewerkschaften versuchten wiederholt zu verhandeln, jedoch waren die Verhandlungen infolge der Zerrissenheit der Belegschaft ohne Erfolg. Die Neueinstellungen überstiegen 25 Proz. und die Firma gab durch Anschlag bekannt, die Löhne laut Notverordnung für die 31. bis 40. Stunde um 45 bzw. 50 Proz. zu kürzen. Die freigewerkschaftlich Organisierten machten gegen diesen Anschlag abermals Front und

erreichten durch Verhandlungen, daß die Werkleitung diese 45- bzw. 50prozentige Kürzung nicht durchführte.

Die Berliner und Nürnberger RGO.-Leitung mußte aber unter allen Umständen einen Streik machen, denn die Reichstagswahl stand vor der Tür. Den Verzweifelten und Unorganisierten wurde eingetrichtert, die Arbeiterschaft könne ihre Lage nur durch einen Streik verbessern. Auch wurden ihnen reichliche Geldunterstützungen und kräftiges Essen versprochen. So kam es, daß die Belegschaft auf die Versprechungen hereinfiel und die Arbeit niederlegte.

Schon in der ersten Woche mußten die Streikenden erfahren, daß ohne Pulver und gewissenhafte Vorbereitungen kein Streik geführt werden kann.

Die Streikenden mußten auf Kommando der RGO.-Führer bei den Klassengegnern um Geld und Lebensmittel betteln.

Die Mittel gingen aber sehr spärlich ein, so daß nur dünne Suppen an die Streikenden abgegeben werden konnten; von Geldunterstützungen war wenig zu spüren.

Die RGO. hat in ihrem „Grenzboten" geschrieben, die Firma Krautheim u. Adelberg hätte um Verhandlungen gebeten. Als Herr Krautheim entgegnete, daß sie in ihrem „Roten Grenzboten" das Gegenteil behaupten, verleugneten sie ihre eigene Schreibweise. Sie hatten gar nicht mehr den Mut, Streikende zur weiteren Verhandlung zur Firma zu schicken. Während die Kommunisten und Nazis in der „Zentralhalle" große Sprüche klopften,

schrieben die großen Schreier an Herrn Krautheim und denunzierten sich gegenseitig,

ja sie gaben sogar der Firma preis, wer die angeblich Schuldigen sind! Die RGO.-Streikleitung bat die Firma, im Betrieb eine Versammlung der Streikenden abhalten zu dürfen. Dort sollten die ihrem Schicksal Ueberlassenen den Streik abbrechen. In dieser Versammlung brachten die Irregeführten ihre Entrüstung zum Ausdruck über das frivole Spiel der RGO.-Leitung, die jetzt kein Interesse mehr an dem Streik zeigte, denn die Wahl war vorüber. Die sich selbst überlassenen Streikenden liefen wie die Schafe in den Betrieb und das Ergebnis ist, daß eine Anzahl Personen auf der Strecke bleiben.

Kriegsopfer und Arbeiter

Tagung des Reichsbundes in Königsberg

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der älteste und größte Bund der Kriegsopfer, hat in Königsberg, wo er in diesen Tagen seine 21. Reichskonferenz abhielt, in gemeinsamer Front mit der Arbeiterschaft scharf und klar Kampfstellung gegen die Papen-Regierung bezogen.

Das von der Papen-Regierung den Kriegsopfern als „Geschenk" angebotene Zusatzstimmrecht ist scharf abgelehnt worden. Der Bundesvorsitzende Pfändner erklärte, daß die im Reichsbund vereinigten Kriegsopfer die von der Reichsregierung angekündigte Verfassungsreform für überflüssig und für die fortschrittliche Entwicklung der deutschen Sozialpolitik sowie der Kriegsopferversorgung gefährlich halten. Der Reichsbund stehe seit seiner Gründung im Jahre 1917 auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Die Kriegsopfer wollten keine Vorrechte, sondern gleiches Recht für alle.

Die Kriegsopfer hätten von dem Zusatzstimmrecht auch nicht den geringsten Nutzen, wenn die Reichsregierung mit Hilfe einer Verfassungsreform ihren bisher bereits gesteuerten antisozialen Kurs auf viele Jahre hinaus festlege und die soziale Entrechtung der breiten Volksmassen wieder herstelle. Die Kriegsopfer wünschten nichts dringlicher als die Rückkehr zu geordneten verfassungsmäßigen parlamentarischen Verhältnissen; denn sie hätten bei der Wahrung ihrer sozialpolitischen Interessen mit der bisher zu Unrecht oft geschmähten Parlamentsdemokratie die besten Erfahrungen gemacht.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Vortrag des Nationalökonoms Prof. Dr. Hermberg von der Universität Jena über das Thema: Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. In der Krise — so lautete im wesentlichen der Gedankengang Hermbergs — verweigert die Wirtschaft der Gesellschaft die Mittel zur Erfüllung ihrer sozialpolitischen Pflichten, und aus Sorge um den Fortbestand des erschütterten Wirtschaftsapparats trauen sich die Organe des Staates nicht, auf dem notwendigen Schutz des Menschen zu bestehen.

Die Sozialpolitik wird in der Krise zur unzureichenden Armenhilfe.

Die Betrachtung des Erwerbslosenhaushalts zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Sozialpolitik ihre Aufgabe in der Wirtschaftskrise nicht erfüllt. Gegen die Gesellschaftsordnung ist der schwere Vorwurf zu erheben, daß der Staat praktisch nicht in der Lage ist, die durch die Krise notwendig gewordene Korrektur in der Verteilung der Verbrauchseinkommen durchzuführen. Wenn sich aber einerseits die öffentliche Hand in der Krise nicht stark genug erweist, um die Forderungen der Sozialpolitik durchführen zu können, und wenn andererseits Wirtschaftskrisen als notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Tauschwirtschaft hingenommen werden müssen, so muß Sozialpolitik über bloße Korrekturen hinaus

einer anderen Wirtschaftsordnung zustreben,

in der durch planvolle Leitung der Wirtschaft Krisen vermieden werden und die öffentliche Hand stark genug ist, eine Verteilung durchzuführen, die von den Menschen als gerecht anerkannt werden kann.

Die Not der Kriegsopfer wurde von dem zweiten Bundesvorsitzenden Roa durch Vergleich der Leistungen des Jahres 1927 mit denen des Jahres 1932 beleuchtet. In der Frage der Rentenversorgung machte Roa auf die Zerstörung des Rechtsanspruchs in der Versorgung aufmerksam, wodurch die Kriegsopfer ähnlich wie die Arbeitslosen durch eine Kette von Notverordnungen schwer geschädigt wurden. Die vom Reichstag geschaffenen Kannansprüche hätten Leistungen und Personenkreis vergrößert, die von der Ministerialbürokratie geschaffenen Kannansprüche dagegen hätten beides vermindert. Diese Unterscheidung in der Notverordnungsgesetzgebung zeige deutlich, daß zum Wirken der Organisation die Wiederherstellung der Demokratie dringend notwendig sei.

*

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltet auch in diesem Jahr am Totensonntag wieder eine Feier zum Gedenken der im Weltkrieg gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden. Die Feier findet im Plenarsaal des Reichstages statt. Sie wird von der Funkstunde Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Ravag aus Wien übertragen.

RGO. macht Streik

Die Gewerkschaft muß helfen

Bei der Gummiwarenfabrik G. Müller in Weißensee war am 18. Oktober der Abteilung Stopferei ein Abbau der Akkordpreise um 10 bis 20 Proz. angekündigt worden, gegen den die Belegschaft mit Recht aufbegehrte. Anstatt jedoch den Fabrikarbeiterverband zu beauftragen, mit der Firmenleitung in Verhandlungen zu treten, übte am 21. Oktober zunächst die Abteilung Stopferei passive Resistenz. Als die Belegschaft dieser Abteilung daraufhin fristlos entlassen wurde, trat die gesamte Belegschaft unter „Führung" der RGO. am 25. Oktober in einen Solidaritätsstreik.

Von der gesamten Belegschaft, die 330 Köpfe zählt, sind leider nur 50 Mann freigewerkschaftlich organisiert. Die RGO. wußte nicht, wie sie die Bewegung zu einem einigermaßen erträglichen Ende führen sollte. Einen Tag nach der Reichstagswahl beschloß eine Streikversammlung mit ausdrücklicher Zustimmung des RGO.-Vertreters den Fabrikarbeiterverband zu beauftragen, mit der Firma zwecks Beendigung der Bewegung zu verhandeln.

Dem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes gelang es, die von der Firma beabsichtigte Maßregelung von 50 Arbeitern bis auf 12 herabzudrücken und für die Wiedereingestellten die Beschäftigung mit den alten Rechten zu erwirken. Weiter wurde vereinbart, daß die Akkordpreise zunächst nicht gekürzt werden, sondern über eine Herabsetzung der Akkorde zwischen der Firma und der Betriebsvertretung und, im Falle des Scheiterns dieser Verhandlungen, vor der tariflichen Schlichtungsinstanz verhandelt werden soll.

Hätte man dem Fabrikarbeiterverband sofort nach dem Entstehen des Konfliktes Gelegenheit zum Eingreifen gegeben, wäre sicherlich nicht nur die Regelung der Akkordstreitigkeit auf der jetzt vereinbarten Grundlage möglich gewesen, sondern auch die Entlassung der 12 Arbeiter vermieden worden.

Zurückgeholt

Löhne der graphischen Hilfsarbeiter

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen hatte den Reichslohntarif für das Hilfspersonal in den Buchdruckereien und Zeitungsbetrieben zum 11. November gekündigt mit dem Ziel, die Löhne wieder aufzubessern, die durch den bindenden Schiedsspruch, der am 16. September in Frankfurt am Main gefällt wurde, ganz erheblich herabgesetzt worden sind.

In den Verhandlungen am 8. und 9. November kam eine Einigung nicht zustande, da die Unternehmer nochmals eine Lohnsenkung verlangten. Es wurde schließlich ein Schiedsspruch gefällt, der für den größten Teil der Tariftreise mit Wirkung ab 12. November Lohnerhöhungen bis zu 1 M. pro Woche vorsieht. Dem Schiedsspruch haben beide Parteien zugestimmt. Der neue Reichslohntarif gilt bis zum 30. April 1933.

Mit diesem Schiedsspruch ist ein Teil des Unrechts wieder gutgemacht worden, das den Hilfsarbeitern in den Buchdruckereien und Zeitungsbetrieben mit dem Schiedsspruch vom 16. September zugefügt worden ist. Dem zielklaren Vorgehen der Vertreter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter, auf deren Konto dieser Verhandlungserfolg gebucht werden muß, wird es bestimmt gelingen, auch das infolge des Krisensturmes verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen.

Kritik und Antwort

Was wir tun müssen

Ein Sozialrentner, der bei der letzten Wahl kommunistisch gewählt hat, schreibt uns, unter Hinweis auf die fortdauernden Ueberschüsse in der Angestelltenversicherung, daß es doch nicht notwendig sei, den Rentnern immer noch 6 M. monatlich abzuziehen.

„Weshalb wird das nicht", heißt es dann in der Zuschrift, „zum Gegenstand einer Protestbewegung gemacht? Für uns bedeuten 6 M. sehr viel Geld, aber vielleicht verstehen Sie das nicht. Wenn da nicht bald etwas mehr Aktivität entwickelt wird, dürfen Sie sich über einen weiteren Abmarsch von Wählern nicht zu wundern brauchen." Es folgen dann noch einige beleidigende Unterstellungen, die wir übergehen. Sie sind dem Register der kommunistischen Agitation entnommen.

Man könnte diesen und andere Kritiker fragen, warum sie sich nicht an die 100 Kommunisten und die 196 Nationalsozialisten im Reichstag wenden, die doch zum guten Teil mit ihren Stimmen gewählt worden sind? Aber es ist nun einmal so, daß die proletarischen Wähler, die bei Wahlen irgendeinen „radikalen" Stimmzettel abgeben, weder von den Kommunisten noch von den Nationalsozialisten eine Besserung ihrer Lage erwarten. Dafür sind eben die freien Gewerkschaften, dafür ist die vielgeschmähte Sozialdemokratie da. Wird es nicht besser, sondern nur schlechter, wenn die sozialdemokratischen Wählerstimmen von über 9 auf 8½, von 8½ auf 8, von 8 auf 7,2 Millionen zurückgehen, gleichzeitig die der antiparlamentarischen und antidemokratischen Klamaukparteien anschwellen, wer trägt die Schuld? Natürlich die Sozialdemokratie.

Es hätte keinen Zweck, wenn wir hier anführten, daß der „Vorwärts", daß die gesamte sozialdemokratische Presse nicht ein-, sondern zehn-, hundertmal gegen den Abbau der Sozialrenten, gegen die gesamte urreaktionäre Notverordnungspolitik protestiert hat. Daß die Gewerkschaften, daß unsere Partei dasselbe getan haben und weiter tun werden, nicht während eines Wahlfeldzuges, um proletarische Stimmen zu fangen, sondern gerade dann, wenn der Protest einige Aussicht hat praktische Folgen zu zeitigen. Es hätte auch keinen Zweck, nachzuweisen, daß Kommunisten und Nationalsozialisten mit Vorliebe solche Anträge einbringen, deren Ablehnung und Undurchführbarkeit einigermaßen sicher ist.

Denn diese Protestler, diese aus wirtschaftlicher Not Verbitterten lesen nur noch gelegentlich eine Zeitung. So weiß auch der Sozialrentner, der uns in seiner Zuschrift die bittersten Vorwürfe macht, nichts, aber auch gar nichts von unserer täglichen, unermüdlichen Sisyphusarbeit, wieder gut zu machen, was die Sozialreaktion, gestützt durch den Klamauk und die Sozialistenfresserei der extremen Parteien, zerstört.

Das ganze Problem, das es zu lösen gilt, ist nicht irgendeine „Umstellung", sondern die Ausdehnung unserer Propaganda auf die Schichten, die Zeitungen nicht lesen und Versammlungen nicht besuchen. An die Millionen Arbeitslosen und Sozialrentner, die sich längst keine Zeitung mehr leisten können, die verbittert in ihren Wohnlöchern hocken und mit Befriedigung die Tiraden der Extremisten an den Anschlagsäulen lesen, an die kommen wir nicht oder nur ganz selten heran. Aus ihnen rekrutiert sich aber das Gros der kommunistischen, ein nicht unerheblicher Teil der nationalsozialistischen Stimmen und ein wesentlicher Teil der Nichtwähler. Sie über unsere Tätigkeit auf dem laufenden zu halten, würde sie davor bewahren, in Gleichgültigkeit, Zweifel und Verzweiflung zu verfallen und eine leichte Beute der extremen Demagogen zu werden.

Erfolgreiche Abwehr

Der Streik bei der Porzellanfabrik Kahla A.-G. in Kahla (Thüringen) ist beendet. Die Direktion lenkte ein. Sie hielt es für ratsam, auf zwei Drittel ihres Notverordnungsabzugs zu verzichten. Daraufhin entschied die Belegschaft einmütig, den Kampf zu beenden.

Der Streik wurde in seltener gewerkschaftlicher Geschlossenheit geführt. Opfer — wie das bei RGO.-Streiks üblich ist — blieben nicht auf der Strecke. Der Kampf trug viel zur Stärkung des gewerkschaftlichen Gedankens in Kahla bei.

Tagung des IGB.

Am 17. und 18. November tagt der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin, um die durch den Vertrag von Ouchy und die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz aufgeworfenen Fragen zu besprechen. Gleichzeitig wird der Vorstand den Bericht des Antikriegskomitees entgegennehmen und die Tagesordnung des für Juli 1933 vorgesehenen Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel festlegen. Zur Behandlung kommen außerdem eine Reihe organisatorischer Fragen, insbesondere der Gewerkschaftsbewegung in Argentinien, Jugoslawien, Griechenland und Kanada.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 50 Pf., Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: **Rudolf Breitscheid**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Herbert Lepère**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Otto Hengst**; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Nicht warten! Erkältung, Halsentzündung, Grippe vorbeugen mit Panflavin-PASTILLEN BAYER

SCHICKSAL MASCHINE

18] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Nachdem Crusius sich entfernt hatte, empfing Weltlin den Vertreter einer Lieferfirma. Das Angebot auf Erze war zu teuer, es lag ein Gegenangebot vor, das um fünf Prozent billiger war. Das Gefeilsche ging los, brach über die Dämme: Sie konnten zu keiner Einigung gelangen, der Händler entfernte sich. Ein anderer betrat das Zimmer; das nämliche Spiel wiederholte sich, nur daß es nicht um Erze, sondern diesmal um Kugellager ging. Nach einer kurzen Pause stürzte Hanau ins Zimmer. Sein Atem flog, mühsam stieß er die Worte hervor: „Sabotage! Herr Weltlin, Sabotage! Jetzt endlich begreife ich, was die Ansammlungen heute morgen vor der Fabrik zu bedeuten hatten! Bitte kommen Sie mit mir!"

Weltlin folgte eilends. Die Adern an seiner Stirne waren dick angeschwollen. Im Maschinensaal bot sich ein seltsamer Anblick. Die Maschine, die unter Crusius' Aufsicht montiert worden war, stand still. Weltlin, an den ständigen Lärm des Ungetüms gewohnt, war es, als beträte er einen Friedhof. Ein oberflächlicher Blick genügte, um festzustellen, daß hier Gewalt angewendet worden war. Hanau erklärte alle Einzelheiten.

„Wer hat das getan?" fragte Weltlin drohend.

Der Werkführer zuckte mit den Achseln. Langsam und unbeholfen sagte er dann: „Es ist mir unverständlich, Herr Chef! Ich war bis auf eine Stunde Mittagspause immer hier. Um zwei Uhr noch war der Herr Oberingenieur da. Ich verstehe das nicht."

„Das können nur mehrere gemacht haben. Wir stehen vor einem Komplott", schrie Hanau und Weltlin bekräftigte es. „Gut", sagte er nach einer Weile, „verständigen Sie sofort die Polizei! Ich warte oben, Hanau, Sie bleiben hier und geben der Behörde die nötigen Aufklärungen. Sie sorgen auch dafür, daß niemand den Saal verläßt." Durch ein Spalier schweigender Menschen schritt Weltlin in sein Zimmer. Es erschien der Polizeikommissär mit Hanau. Der Beamte berichtete über das Ergebnis der ersten Untersuchung: „Zweifellos liegt ein Akt der Sabotage vor. Haben Sie irgendeinen Verdacht?" Weltlin sah zu Hanau, der sofort losfuhr:

„Für mich besteht kein Zweifel, daß der Werkführer um die Sache weiß. Wenn er nicht mehr am Gewissen haben sollte, dann kennt er jedenfalls die Täter."

„Das wird schwer zu beweisen sein", meinte ruhig der Polizeibeamte. „Wir können unmöglich alle achtzig Leute, die zur fraglichen Zeit im Maschinensaal waren, verhaften."

„Aber was wollen Sie denn unternehmen?"

„Wir werden pflichtgemäß alles untersuchen", erwiderte etwas indigniert der Kommissär. „Ich habe angeordnet, daß niemand von den in Betracht kommenden Leuten die Fabrik verlassen darf und wollte mich vorläufig nur erkundigen, ob Sie gegen irgendeinen Ihrer Leute Verdacht hegen."

„Gegen eine bestimmte Person nicht, gegen alle — ja!" sagte Weltlin und berichtete von den Arbeiteransammlungen, die er morgens auf der Straße wahrgenommen hatte.

„Zwischen einem verbrecherischen Akt der Sabotage und einer wahrnehmbaren Unzufriedenheit ist immerhin noch ein gewaltiger Unterschied. Es dürfte ja auch Ihnen nicht unbekannt sein, daß die Arbeiter durch die fortgesetzten Entlassungen in Ihrem Betrieb unruhig geworden sind."

Weltlin glaubte ein mokantes Lächeln um die Lippen des Beamten wahrzunehmen, hatte die Ueberzeugung, einen übelwollenden, höhnischen Gegner vor sich zu haben und verspürte nur den dringenden Wunsch, diese Unterredung zu beenden. „Walten Sie Ihres Amtes, Herr Kommissär. Der Herr Oberingenieur steht Ihnen sicherlich zur Verfügung. Mich müssen Sie entschuldigen, ich habe um vier Uhr eine Sitzung des Zollbeirates. Berichte erreichen mich im Ministerium, gegen acht Uhr bin ich wieder hier." Er begleitete die Herren bis zur Türe, an der Schwelle stand Susi, jetzt nichts als Sekretärin: „Herr Weltlin, ich wollte nur an die Sitzung erinnern. Das Auto wartet." — Als sie allein waren: „Sehe ich dich heute noch, Wilhelm?"

„Ich komme gegen acht wieder zurück, doch wenn sich etwas ereignen sollte, rufst du mich an, nicht wahr?"

„Gewiß! Und abends?"

„Ich weiß nicht, ich bin müde. Es war kein heiterer Tag und morgen, übermorgen — immer dasselbe! Ewig das Gleiche. Na, ja!"

Susi war zu dem gequälten Mann getreten, sie streichelte seine Hand und ehe er sich's versah, hatte sie ihn an sich gezogen und ihm einen leichten Kuß auf die Stirne gedrückt.

5.

Der Chauffeur riß den Wagenschlag auf und stand mit der Mütze in der Hand da. Weltlin, schon den Fuß auf dem Trittbrett, besann sich und sagte: „Nein, ich gehe lieber zu Fuß, Franz! Ich werde telephonieren, wenn ich Sie brauche." Er hatte das unbedingte Bedürfnis, zu Fuß zu gehen, Bewegung zu machen.

Ungezählte Bilder stiegen vor ihm auf, verblaßten, keines vermochte er zu halten. Der verkommende Musiker, der unehrliche Kassier, der besessene Crusius, der höhnisch lächelnde Polizeikommissär — sie alle tauchten auf, verschwanden. Weltlin suchte seine Gedanken zu sammeln — aber vergeblich. Er summte Melodiefetzen vor sich hin, zu Sätzen, die keinen Sinn hatten. Er ging und ging. Seine Beine wurden schwer, er war müde geworden. Plötzlich fiel ihm ein, daß er doch an einer Sitzung im Ministerium teilnehmen müsse, er wollte zum nächsten Autostandplatz, doch zu seinem Erstaunen nahm er wahr, daß ihn seine Wanderung außerhalb der Stadt geführt hatte; er sah auf die Uhr und stellte fest, daß die Sitzung wohl auch schon lange begonnen haben dürfte. Er machte sich auf den Rückweg und gelangte in einen Vorort, in dem je gewesen zu sein er sich nicht erinnern konnte. Die Straßen waren eng und dumpf, und die Vorstellung, daß hier Menschen dichtgedrängt wohnten, bereitete ihm physische Pein. Auf der Straße spielten bloßfüßige, unterernährte Kinder. Weltlin sah ihnen lange zu: Wozu lebt ihr? gingen seine Gedanken; wozu werdet ihr groß? Um Futter zu werden für die Maschine? Knechte zu werden der Maschine, die euch dann frißt mit Haut und Haar! Ach, sie wird euch gar nicht fressen, sie läßt euch gar nicht heran, sie benötigt euch nicht, sie läuft allein und überrennt euch, ehe ihr noch richtig lebt!

Einem kleinen Mädchen wollte Weltlin übers Haar fahren, es gefiel ihm und erinnerte ihn an die kleine Erna. Wo war die nun? In welchen Welten lebte ihr Geist, was dachte sie, wie trug sie alles, wie lebte sie, seine Tochter? Tochter? Ein seltsames, tiefes Wort, aber es ist um seinen Sinn gekommen in dieser Zeit, stellte Weltlin fest.

Das kleine Mädchen war davongelaufen und schrie dem Manne ein böses Schimpfwort nach. Selbst dieses Kind weicht mir aus, grübelte er, bin ich denn geächtet, bin ich ein Gezeichneter? Er war in eine Gartenanlage gekommen, auf einer Bank mußte er Platz nehmen, die Beine versagten den Dienst. Mit seinem Stock zeichnete er Figuren in den Sand, eine unendliche Müdigkeit überfiel ihn, er lehnte sich ein wenig zurück und schlief ein . . .

(Fortsetzung folgt.)

Die Kellnerin von Hergisdorf

Wie Gerhart Hauptmann Rose Bernd fand

Dort, wo die zahlreichen Lachen der Hochmoore mit stillblauen Augen den blassen Himmel des schlesischen Gebirges anzwinkern, liegt Hergisdorf. Schäumend und mutwillig hat der wilde Zacken sein breites Flußbett mitten durch das Dorf gegraben und die alten Katen der anderen Uferseite wagen sich nur noch schüchtern bis zu seinem Ufer vor. In einer dieser verwitterten Katen wohnt sie. Ihr Name ist schon vergessen. Im Dorfe nennt man sie nur schlechthin: „. . . die Kellnerin!"

Sie ist alt geworden. Zahllose Falten umgittern das leidgefurchte Gesicht. Selten genug öffnet sich der zahnlose Mund zu einem unverständlichen Murmeln. Sonst pflegt sie zu schweigen. Die „Kellnerin" ist endlich mit dem Leben fertig geworden. Schwer genug ist das gewesen, wozu also noch darüber reden? Sie wendet das Gesicht von den neugierigen Fragern ab, es hat einen Zug, der wenig an die Leiden der Erlösermutter, mehr noch an die der Gebirgler erinnert.

1903 begann die tragische Geschichte ihres Lebens, bis dahin war sie nur ein einfaches, weltfremdes Menschenkind gewesen.

Im hohen Saale des Hirschberger Gerichts versammelten sich am 15. April 1903 die Geschworenen, um zu richten. Hinter dem feierlich schwarzen Ornat des vernehmenden Richters saßen die vereidigten Bauern und Krämer, schweigend und ernst, sie lauschten auf die zögernden, bitteren Worte der Angeklagten. Ein junges Ding, das zweier in ihren Augen furchtbarer Verbrechen angeklagt worden war. Man hatte sie beschuldigt: meineidig und eine Kindesmörderin zu sein. Es war die „Kellnerin". Damals freilich hatte sie die Kate in Hergisdorf noch nicht, sie war nichts als eine leidbeschwerte Bauernmagd.

Diese junge, hilflose Landarbeiterin kannte weder das Gericht noch die Zwirnsfadenlogik des Strafgesetzbuches, deshalb wurde sie ja eben gerichtet! Aber sie schrie nicht hysterisch auf, sie klagte nicht einmal, ihre stetig stockende Stimme berichtete einfach, auf die Fragen des Vorsitzenden hin, von einem Leben, das nur Arbeit, allerschwerste Arbeit in den Viehställen der „Herrschaft" gewesen war. Zwischen harten Strohlagern auf der Scheunentenne und den Ställen war ihre Jugend verebbt. Und da sie nie Zeit für sich und nur Gedanken für ihre Arbeit haben durfte, war es über sie gekommen: diebisch, verschlagen, verlogen und brutal, das eben, was man so gemeinhin die Liebe nennt. Für die freudlose Magd hatte es nur Brotlosigkeit zu bedeuten. Sie beichtete das alles dem Gericht, ohne Hinterhalt, es war die schwerste Stunde ihrer verdunkelten Jugend.

Endlich hatte sie der marternde, fragende, wißbegierige Mund über dem Richterornat freigelassen. Das Gericht unterbrach die Sitzung, um sich zur Urteilsfindung zurückzuziehen. Die junge Angeklagte saß inzwischen verschämt und apathisch auf der Anklagebank, feindselig gemustert von den neugierigen Zuhörern des Prozesses. Die Minuten verrannen, die Viertelstunden. Die Geschworenen zeigten sich noch nicht. Sie blieben länger fort, als es bei den Pausen zwischen Urteilsfindung und -verkündung in diesem Saale üblich war. Die Zuschauer wurden unruhig und verloren sich aus dem Raume. Die Zeugen murrten, und der Offizialverteidiger wagte sich mit schüchternen Hoffnungen hervor.

Hinter den großen, schweren Türen zum Gerichtssaal saßen die Geschworenen reihum. Sie saßen und dachten. Der Richter hatte die Gründe für das unumstößliche Urteil gefunden, die Notwendigkeit zur Tötung der Angeklagten dargelegt. Er forderte nur von ihnen, den Geschworenen, das „Ja", die Legitimation für gesetzlich sanktionierten Mord. Und die Geschworenen saßen und dachten. Alle saßen sie da, mit steifen Gesichtern; die ackerstolzen Bauern aus den Dörfern und die selbstbewußten Krämer Hirschbergs und nickten der Reihe nach ihr „Ja" den fragenden, lauernden Augen des schwarzen Ornats entgegen. Die Reihe war um, unten am Tisch saß nur noch einer, ein Gewichtiger unter den Geschworenen, der weder ackerstolz auf seine Sippentradition pochen konnte, noch die Sippe der Krämer vertrat. Ein „geistiger Herr", wie sie ihn nannten. Er saß dort und warf auf die mechanische Frage des Vorsitzenden sein hartes, aufschreckendes „Nein" heraus.

Eine tiefe Stille trat ein. Die Gesichter der anderen Geschworenen wurden noch steifer und unnahbarer, während der Regulator über dem Richter einige aufgeregte Sekunden durch die lautlose Stille des Raumes tackte. Dann fand sich der Richter endlich wieder. Er forschte nach den Gründen des ablehnenden „Nein", er mußte es, denn das ganze Kartenhaus seiner Juristenlogik war durch das eine Wort über den Haufen geworfen. Der Geschworene sah ein, daß es zwecklos war, an das soziale Gewissen der anderen zu appellieren, sie gehörten jener Seite des Dorfes und der Stadt an, die nie das Leid einer Dienstmagd verstehen wird. Deshalb gab er knapp und kurz eine Begründung seiner Weigerung und überließ alles der neuen Abstimmung. Es waren Gründe, gegen die keine Juristerei gewachsen war. Der Geschworene wollte einfach nicht die Tat dieser jungen Magd mit einem Morde sühnen, und — seltener Fall in der Rechtsgeschichte — er siegte!

Als sich das Gericht erhob und der Richter im Saale den Urteilsspruch verkündete, da staunten alle auf. Unwillige Rufe wurden laut, der Ankläger machte ein ungläubiges Gesicht und die Angeklagte wurde totenblaß. Es war, als ob sie in dieser Stunde ahnte, welcher Leidensweg ihrer nun, im neugewonnenen Leben harrte, nach diesem Freispruch. Und sie ist den Leidensweg gegangen, aus den Ställen heraus, mit Peitschen vertrieben, hinein in die dumpfen Schenken der Dörfer zu den trunkenen Menschtieren. Immer verstoßen, verachtet, verfemt, ausgestoßen aus der dörflichen Gesellschaft der Bauern. Dreißig Jahre ist sie diesen Weg gegangen. Dreißig Jahre hat es gedauert, bis der Haß der Dörfler gegen die „Meineidige", gegen die „Kindesmörderin" umschlug in ein stilles Verstehen und Vergessen. Bis aus der Kindesmörderin endlich „. . . . de Kellnerin" wurde, die alte Schankmaid, deren Namen fast vergessen ist. Und nur ein einziges Mal, nach vielen Jahren, hatte sie eine gute Stunde, als sie erfuhr, wer von den Geschworenen sie rettete. Das war, als in Wien Gerhart Hauptmanns „Rose Bernd" einen Riesenerfolg hatte, als der Dichter gegen den Willen des Klerus und der Hofschranzen den Grillparzer-Preis dafür erhielt. Denn die „Rose Bernd" seines Dramas, das war im Leben niemand anders als die „Kellnerin von Hergisdorf", die der Dichter als Geschworener damals in Hirschberg vor einem letzten Gang rettete, um sie zur tragischsten Figur seines Dramas zu machen.

Wie sagt doch Fuhrmann Henschel: „Schlecht bin ich geworn, bloß ich kann nischt dafier. Ich bin ebens halt reingetappert!"

So war es bei ihr, deren Leben eine tragische Dichtung wurde.

S. Richards.

Klassische Philosophen:

Pyrrhon (366–260 v. Chr.)

Die Dinge sind gleichermaßen ununterscheidbar, unbestimmbar und unerkennbar. Deshalb kann man weder von unseren Empfindungen noch von unseren Meinungen sagen, daß sie wahr oder falsch seien. Darum darf man ihnen nicht trauen, sondern muß unerschütterlich bei dem Verzicht auf jede Meinung oder Entscheidung beharren und bei jedem Ding sagen, daß es ebensowenig existiert als nicht existiert oder daß es sowohl existiert als nicht existiert oder daß es weder existiert noch nicht existiert.

Dies verhält sich ebensowenig auf diese wie auf jene oder auf beiderlei Weise.

Nichts ist schöner oder häßlicher, recht oder unrecht, und dies gilt von allen Urteilen. Nichts ist in Wahrheit (so wie man urteilt), sondern die Menschen tun alles nach Sitte und Gewohnheit. Von jeder einzelnen Handlung gilt das eine so wenig als das andere.

Es läßt sich nichts lehrhaft bestimmen, weil man von jeder Aussage das Gegenteil behaupten kann.

Das höchste Gut ist die Zurückhaltung (des Urteils), welcher der Seelenfriede wie ihr Schatten folgt.

Es ist schwer, den Menschen ganz auszuziehen.

Ich übe mich, rechtschaffen zu sein.

Kann wieder schlafen.

Ihr bulgarischer Knoblauchsaft ist ausgezeichnet. Auch Ihr Rheuma-Tee hat bei mir sehr gut gewirkt. Ich konnte nachts sehr wenig schlafen, nach Verbrauch Ihrer Mittel ist der Schlaf jedoch bedeutend besser geworden. Nächst Gott danke ich Ihnen, daß ich wieder gesund bin.

41901 Frau Hermes, Hüls b. Recklinghausen

Zinsser-Knoblauch-Saft

ist appetitanregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Säfte und leistet bei Arterienverkalkung, zu hohem Blutdruck, bei Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei Asthma, Rheumatismus und allen Stoffwechselstörungen gute Dienste. Eine Flasche kostet Mk. 3.—, eine Versuchsflasche nur Mk. 1.—. Geruchlos und ohne Geschmack sind Knoblauchöl-Kapseln und Knoblauch-Tabletten. Schachtel je Mk 3.—. In den meisten Apotheken zu haben, Knoblauchsaft auch in den Drogerien, sonst direkt.

Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H.
Leipzig 75

65000 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel (notariell beglaubigt)

Unser Express-Auslieferungslager, Berlin C25, Tegelauer Str. 20, Tel. Kupfergraben 2274, wird auf Wunsch Verkaufsstellen gern nach.

Leerlaufende Montankonzerne

Die Verluste der Gutehoffnungshütte — Das Elend der Belegschaft

Am Sonnabend hat sich der Leiter des Klöckner-Konzerns, Peter Klöckner, für die weitere Entwicklung der deutschen Montanindustrie auf der Generalversammlung seines Unternehmens sehr stark gemacht. Man kann über den allzu grob aufgetragenen Optimismus dieses führenden Ruhrindustriellen, sowohl im Hinblick auf sein eigenes Unternehmen wie auch auf die übrige westdeutsche Montanindustrie, sehr verschiedener Meinung sein. Jedenfalls zeigt ähnlich wie bei Klöckner auch der zweite Montanabschluß für das Geschäftsjahr 1931/32, der Abschluß der Gutehoffnungshütte Oberhausen (Haniel-Konzern), einen erschreckenden Leerlauf der Betriebe.

Seit dem Geschäftsjahr 1929/30 (Juli bis Juni), dessen zweite Hälfte bereits von den Anfängen der Krise beeinflußt war, ist die Produktion in den entscheidenden Betrieben im Durchschnitt um die Hälfte, verschiedentlich noch darüber hinaus geschrumpft.

So ist die Roheisenerzeugung von 0,85 auf 0,31 Millionen Tonnen, die Stahlproduktion von 1,0 auf 0,42 Millionen Tonnen und die Leistung der Walzwerke von 0,72 auf 0,31 Millionen Tonnen gesunken. In der gleichen Zeit ging die Kohlenförderung von 4,14 auf 2,33 Millionen Tonnen und die Koksproduktion von 1,14 auf 0,47 Millionen Tonnen zurück.

Bei der Umsatzentwicklung liegen die Dinge mit einem Rückgang von 22,4 Proz. zwar erheblich günstiger als beim Stahlverein mit 38,3 Proz. Umsatzrückgang, wobei allerdings bei dem letzteren drei weitere Krisenmonate durch den erst im September vollzogenen Abschluß hinzukommen. Trotzdem aber bleibt der Umsatzschwund bei der Gutehoffnungshütte Oberhausen wie auch bei dem reinen Verwaltungsunternehmen des Konzerns, der Gutehoffnungshütte Nürnberg, in die sämtliche Betriebe und Beteiligungen des Haniel-Konzerns eingebracht sind, ganz gewaltig. Die Umsätze betrugen in Mill. Mark:

	1929/30	1930/31	1931/32
Gutehoffnungshütte Oberhausen	213,1	142	110,2
Gutehoffnungshütte Nürnberg (Gesamtkonzern)	386	293	195

Also sowohl die Umsätze bei dem Oberhausener Montanblock wie auch die Umsätze im Gesamtkonzern, zu dem u. a. noch Großbetriebe wie die MAN. und Deutsche Werft gehören, sind im Verlaufe der Krise um nahezu 50 Proz. gesunken. Für das Jahr 1931/32 weist Oberhausen nach Absetzung von 3,13 gegen 3 Millionen Abschreibungen einen Betriebsverlust von 5,8 Millionen Mark aus, der mit 3,6 Millionen Mark aus der eigenen Reserve gedeckt wird, während der Rest von Gutehoffnungshütte Nürnberg übernommen wird. Eine große Ueberraschung bietet der Abschluß von Nürnberg, der einen auf 4,64 gegen 4,19 Millionen Mark gestiegenen Jahresgewinn aufweist, obwohl diesmal über 1,7 Millionen Dividendeneinnahmen ausgefallen sind.

Selbstverständlich denkt die Verwaltung nicht daran, in ihrem Jahresbericht dieses Gewinngeheimnis, das der Bilanzunklarheit die Krone aufsetzt, zu lüften.

Durch die Umbuchung entscheidender Posten sind bei den Bilanzen beider Unternehmungen diesmal Vergleichsmöglichkeiten nicht gegeben. So erscheint die im Vorjahr unter den Schulden von Oberhausen ausgewiesene Dollaranleihe von 30,5 Millionen Mark jetzt bei Nürnberg, und im Zusammenhang damit weist Oberhausen als neuen Schuldposten 10,9 Millionen Mark an Nürnberg aus. Die Gründe für diese Umbuchung sind nicht ersichtlich. Möglich ist, daß dem Oberhausener Betrieb die jährliche Kontrolle durch die amerikanischen Gläubiger unbequem geworden ist, mögsich auch, daß die Schrumpfung des Umsatzes auf 110 Millionen, der damit nicht mehr weit über dem Umfang des Eigen- und Fremdkapitals liegt, den Anlaß hierzu gegeben hat. Man kann in diesem Zusammenhang allerdings feststellen, daß im Vergleich mit anderen Montankonzernen bei der Gutehoffnungshütte eine gefährliche Ueberkapitalisierung am wenigsten Platz gegriffen hat, denn bei Schluß des Geschäftsjahres 1930/31 betrug die Zinslast auf 1000 Mark Umsatz berechnet nur 1,5 Proz. gegen 5,6 Proz. beim Stahlverein, und die Uebernahme der Anleihe auf die Nürnberger Gesellschaft eröffnet hier noch sehr interessante Aussichten in der Richtung, daß die Mittel dieser Dollaranleihe im wesentlichen durch Nürnberg zu Expansions- und anderen Finanzierungszwecken verwendet wurden, während Oberhausen seine Rationalisierung aus laufenden Mitteln „über Betrieb" finanziert hat.

Angaben über die Entwicklung der Belegschaft während des zweiten Krisenjahres macht der Verwaltungsbericht nicht. Aber er enthält Hinweise genug, die

die furchtbare Verelendung der Betriebsbelegschaft

erkennen lassen. So sanken Löhne und Gehälter durch Abbau und Lohndruck von 63,3 auf 38,3 (!!) Millionen. Hüttenbetriebe, Stahl- und Walzwerke erlitten eine bisher noch nicht erlebte Produktionsdrosselung. Von acht Hochöfen arbeiteten im Durchschnitt nur 2,44.

Die Wochenarbeitszeit an den einzelnen Walzenstraßen sank zeitweise auf eine Schicht (!!).

Im Durchschnitt wurde im Thomasstahlwerk und an den Walzenstraßen an drei Tagen, im Martinwerk an vier Tagen wöchentlich gearbeitet. Diese verheerende Arbeitskürzung bei mehrfach abgebauten Löhnen zeugt von einer geradezu erschütternden Verelendung der noch im Betrieb verbliebenen Eisenarbeiter.

Was wird aus Mitteleuropa?

Sozialistische Wirtschaftspolitik im Donauraum

Im „Kampf", dem wissenschaftlichen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, spielt seit einigen Monaten eine Diskussion, die das Interesse aller sozialistischen Kreise Europas verdienen würde. Es handelt sich um die Frage, welche Stellung der internationale Sozialismus bei der nicht mehr lange aufschiebbaren Neuordnung der mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik einnehmen, wie er sich zu den einzelnen, immer zahlreicheren Plänen dafür stellen soll, ob namentlich das immer wiederkehrende Projekt einer „Donauföderation" ein brauchbares Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik sein kann.

Die Anschlußfrage.

Die Anschlußidee ist an sich auch heute in den breiten Massen des österreichischen Volkes, und besonders der Arbeiterschaft, ebenso lebendig wie vor vierzehn Jahren. Aber mittlerweile hat die österreichische Wirtschaft unter dem Druck des Protektionismus ebenso wie die deutsche, sich auf ein eigenes Wirtschaftsgebiet eingestellt, das ohne schwere Gefahren nur sehr umsichtig und allmählich in ein größeres übergeführt werden kann. Und vor allem können beide Länder es sich heute viel weniger als damals leisten, den Zusammenschluß etwa um den Preis einer Schädigung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den übrigen mitteleuropäischen Ländern durchzuführen.

Im übrigen ist der Anschluß als nationale Forderung und außenpolitisches Problem genau zu unterscheiden von der Frage einer neuen Form rein wirtschaftlicher Zusammenarbeit in der unmittelbaren Gegenwart. Auch der Marxist weiß, daß der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik sich nicht sofort und direkt äußern muß, und daher muß die Anschlußidee als außenpolitisches und im besten Sinn nationales Ziel keineswegs aufgegeben oder auch nur suspendiert werden, wenn man ein neues wirtschaftspolitisches System im Donauraum schon zu einer Zeit anstrebt, zu der der Anschluß Oesterreichs an Deutschland infolge der nationalistischen Engstirnigkeit der Siegermächte, aber auch der kapitalistischen Krisenwirkungen im Augenblick noch nicht aktuell ist.

Donauföderation?

Umgekehrt muß der Sozialismus aufs schärfste vor den utopischen, aber gefährlichen Plänen warnen, die immer wieder von den nationalistischen Kreisen Frankreichs und ihren mitteleuropäischen Trabanten ausgeheckt werden und sämtlich den Zweck haben sollen, Oesterreich wirtschaftlich endgültig von Deutschland zu trennen. Diese Pläne haben eigentlich schon mit dem Briandschen Europa-Memorandum begonnen, ihren Höhepunkt im berühmten Tardieu-Plan erlangt, die Wandelgänge der Konferenzen von Lausanne und Stresa beschäftigt; sie werden auch weiterhin in der mitteleuropäischen Presse aufs lebhafteste diskutiert, und der Sozialismus hat allen Anlaß, einer neuen Wendung nicht unvorbereitet gegenüberstehen. Das Grundproblem ist: Wie tauscht man durch wirtschaftspolitische Erleichterungen den Getreide- und Viehüberschuß der südosteuropäischen Agrarländer gegen die überzähligen Industriewaren der mitteleuropäischen Industrieländer aus? Der Tardieu-Plan stellte sich dies in der Form einer Zollunion zwischen Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien vor. Daß dabei die Donauländer Deutschland und Bulgarien, offenkundig aus außenpolitischen Gründen, ausgelassen waren, ist schon damals allgemein aufgefallen.

Aber es zeigte sich auch zweierlei, was auch bei allen Abarten dieser Pläne in der Zukunft zu beachten sein wird: Erstens ist die Donau allein noch lange kein Wirtschaftsband zwischen Agrar- und Industrieländern Ost- und Mitteleuropas; es fehlt vor allem das Gegengewicht für den Transport der Massengüter Getreide, Vieh, Erdöl stromaufwärts, und daher ist die Bedeutung der Donau als Verkehrsweg in Wirklichkeit gering. Zweitens ist nicht nur keine Zollunion, sondern überhaupt keine engere wirtschaftspolitische Verbindung der Agrar- und der Industrieländer Ost- und Mitteleuropas nutzbringend durchführbar, ohne daß ein großer Industriestaat mit von der Partie ist. Eine engere wirtschaftliche Verbindung stößt auf ungleich geringere Schwierigkeiten, wenn sie zwischen Ländern erfolgt, die einander schon vorher ergänzen; das gilt in besonderem Maße, wenn agrarische Ausfuhrländer daran beteiligt sind.

Meistbegünstigung, Unionen, Präferenzen.

Ueber die Mittel einer solchen ökonomischen Annäherung besteht immerhin etwas mehr Einverständnis als über die Beteiligten. Noch vor wenigen Jahren glaubte man in der Meistbegünstigung das Zaubermittel zu einem Umbau der europäischen Wirtschaftspolitik zu sehen; mittlerweile hat sich bekanntlich herausgestellt, daß sie bei gleichmäßig protektionistischen Staaten zum Haupthemmnis wirtschaftspolitischer Erleichterungen werden kann. Dann haben der Schober-Curtius-Plan und der Tardieu-Plan den Gedanken der Zollunionen hervorgehoben; aber hier zeigten sich sogleich (von den politischen Widerständen gerade gegen diese Lösungen ganz abgesehen) die Schwierigkeiten eines völligen Zollabbaues auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Nunmehr knüpft man stärkere Hoffnungen an ein System der Vorzugszölle.

Auch die Exekutive der Sozialistischen Internationale hat sich in ihrer Züricher Tagung vom Mai 1932 in der Resolution „Zur Frage der Donauföderation" indirekt dazu bekannt, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß das allgemeine Zollniveau dadurch nicht erhöht, sondern gesenkt wird, und unter Ablehnung jeder imperialistischen „Kontrolle" über die beteiligten Staaten.

Bleibt noch die Frage, welches das große Industrieland sein kann, das die notwendige Ergänzung für einen wirtschaftspolitischen Block der Donaustaaten bieten könnte. Geographisch kommen von vornherein nur zwei Länder in Frage: Italien und Deutschland. Davon steht Italien mit fast allen genannten Staaten in ungleich geringeren Wirtschaftsbeziehungen als Deutschland, das in der Handelsstatistik aller mittel- und südosteuropäischen Länder mit großem Vorsprung führt, im übrigen ja den Versuch sogar einseitiger Präferenzen gegenüber Ungarn, Rumänien und Oesterreich bereits vorbereitet hat.

Eine Linderung der mitteleuropäischen Dauerkrise würde gewiß auch im Interesse der Absatzmöglichkeiten der anderen europäischen Länder liegen, und deshalb sind die Fragen des Donauraumes eine Angelegenheit der ganzen Internationale. Aber vergessen wir niemals, daß es sich bei allen diesen Dingen noch lange nicht um eigentlich sozialistische Forderungen handelt und daß auch ihre völlige Durchsetzung die Ursachen der kapitalistischen Krisen ebensowenig beheben würde wie die besonderen Krisengründe gerade der mitteleuropäischen Wirtschaft.

Wenn es sich aber darum handelt, zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik noch unter dem kapitalistischen System Stellung zu nehmen, so kann dies weder im Sinn liberaler Illusionen, noch etwa gar im Sinne protektionistischer Engstirnigkeit erfolgen, sondern nur auf Grundlage einer einheitlichen, halbwegs organisierten Wirtschaftspolitik in größeren Teilen Europas. Wobei wir niemals vergessen werden zu betonen, daß eine wirkliche Organisierung der Wirtschaft, ein völliger Abbau des Zollwahnsinns erst auf Grundlage sozialistischer Planwirtschaft möglich werden wird.

A. L.

Zahlungsaufschub!

England und Frankreich an Amerika

Am 15. Dezember ist der Zahlungstermin für die Rückzahlung von europäischen Schuldzinsen und Tilgungsraten aus Ländern der früheren Entente an die Vereinigten Staaten fällig. Die Summe, die von England aufgebracht werden müßte, beträgt 95½ Millionen Dollar, was bei dem gegenwärtigen Tiefstand des Pfundes einem Gegenwert von 28 Millionen Papierpfund entspricht. Das Herannahen dieses kritischen Zahlungstermines, der wesentlich zu den scharfen Pfundschwankungen der letzten Zeit beigetragen hat, hat jetzt den Stein ins Rollen gebracht. England hat bei der Regierung der Vereinigten Staaten um Zahlungsaufschub ersucht und diesem Schritt hat sich die französische Regierung angeschlossen.

In den Noten dieser beiden Länder wird nochmals die unheilvolle Wirkung der Kriegsschulden auf die Weltwirtschaft betont und in der französischen Note wird unter Hinweis auf die Verhandlungen in Lausanne (Lösung des deutschen Reparationsproblems) und in Stresa festgestellt, daß Frankreich ein durchaus aktives Interesse an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas bewiesen habe. In diesem Geist schlägt die französische Regierung der amerikanischen Regierung eine gemeinsame neue Prüfung der Schuldenfrage vor.

Welche phantastischen Ziffern die Kriegsverschuldung erreicht, wird am besten bei England verdeutlicht, dessen fundierte Schuld 4.6 Milliarden Dollar erreicht, wovon England 202 Millionen Dollar zurückgezahlt und an Zinsen rund 1,15 Milliarden Dollar erstattet hat.

Einer Reutermeldung zufolge hat Präsident Hoover seinen Nachfolger Roosevelt zu einer Besprechung über die Schuldenfrage eingeladen. Hoover hat Roosevelt telegraphisch mitgeteilt, daß entsprechende Ersuchen auch von anderen Staaten, deren Zahlungen am 15. Dezember fällig seien, eingehen würden. Diese Staaten werden voraussichtlich Italien und Belgien sein.

Autarkie-Ersatz!

Von IG.-Farben freundlichst angeboten!

Die wirtschafts- und zollpolitische Ehe der Schlotbarone und der Krautjunker, die im Jahre 1879 durch Bismarcks Schutzzollvorlage geknüpft wurde, hatte schon das Jubiläum der goldenen Hochzeit hinter sich, bis sie in diesem Jahre über der Frage der Autarkie und der Kontingente in die Brüche ging. Der Bruch fand in dem Protestprogramm des Ruhrbergbaues gegen die Kontingente sichtbaren Ausdruck. Jetzt sind auf beiden Seiten Leute am Werk, die die Bruchstelle zukitten wollen. Wie immer, wenn sich die Barone finden, sollen die Kosten von den breiten Massen, von den Konsumenten getragen werden.

Einer dieser Leute ist Herr Carl Bosch, einer der maßgeblichen Leute der IG.-Farben. Er hat vor dem „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie" (einer der Klubs, in denen heute „autoritäre" Politik gemacht wird!) eine in vieler Hinsicht interessante Rede gehalten. Kein Wunder, daß er bei dem Riesenexportgeschäft der IG.-Farben gegen Kontingente und Autarkie sprach, und zwar mit unwiderleglichen Argumenten. Wichtig auch, daß er für die Handelspolitik die Beibehaltung der Meistbegünstigungsverträge forderte. Größte Beachtung aber erfordern die Ausführungen darüber, wie die Landwirtschaft zum Verzicht auf ihre exportfeindlichen Forderungen bewogen werden soll.

Da heißt es: wenn die innere (!) Preisbildung für Agrarprodukte durch die Handelsverträge gestört werde, so müßten innerorganisatorische Maßnahmen ausgleichend wirken. Für die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Konsum seien unter anderem organisatorische Maßnahmen (Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion) notwendig.

Das ist nicht mehr und nicht weniger als der Rat an die Landwirtschaft, sich nach dem Muster der Schwerindustrie und der Chemie in Kartellen auf diese Weise künstlich erhöht wird, das ist schon geschehen auf dem Gebiet der Zuckerwirtschaft, das ist anscheinend geplant für Weizen. Das Ziel ist immer das gleiche: Preiserhöhung im Inland und Verschleuderung des Ueberschusses ans Ausland zu Verlustpreisen.

Die Idee der Agrarkartelle ist zuerst von dem Großagrarier von Knebel-Daeberitz produziert und dann von der Schwerindustrie propagiert worden. Wenn die IG.-Farben jetzt diesen Autarkieersatz vertreten, dann geschieht es natürlich in der Hoffnung, daß ihre eigene Monopolpolitik (Stickstoffpreise!) von der Landwirtschaft jedenfalls nicht mehr bekämpft werden wird.

Verlängerter Reichsbankkredit

Luther war in Basel

Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, der seine 25. Sitzung abhielt, hat bei Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Verlängerung des Anteils der BIZ. an dem der Reichsbank gegebenen Kredit von 90 Millionen Dollar für weitere drei Monate beschlossen. Der Kredit war bis zum 5. Dezember 1932 befristet. Voraussetzung für die Verlängerung bildet die Verlängerung der gleich hohen Anteile der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reserve Bank of New York, worüber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Es dürften jedoch diese Verhandlungen zu dem gleichen Ergebnis führen.

Die größte asiatische Funkstation ist am Freitag in Nanking eingeweiht worden. Sie arbeitet mit 75 Watt.

Die Hannoversche Bodenkred'tbank hat auf der Börse 1,01 Millionen 4½prozentige Liquidationsgoldpfandbriefe 1932 eingeführt. Am 30. September befanden sich in Umlauf Goldhypothekenpfandbriefe im Gesamtbetrage von 65,97 Millionen und Goldkommunalschuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 25,78 Mill. M.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von **Chlorodont**, der Zahnpaste von **höchster Qualität**. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur **Chlorodont** und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.